6. Jahrg. Nr. 164A

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungbolschewist", „Die Rote Eichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Nieder-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Freitag, 14. November 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.5 G-, wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. w. Rolle 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 310 59 — Fernsprecher: Breslau Ring 8887

# 230 000 Morgen Schlesiens den Hohenzollern!

## Die Schuld der SPD., des Zentrums, der Demokraten und der übrigen bürgerlichen Parteien.

Am 2. September überreichte das Preußische Finanzministerium dem Preußischen Landtage eine Denkschrift über das Vermögen der Hohenzollern. Es handelt sich also um eine amtliche Schrift, für deren Inhalt alle bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten die Verantwortung tragen. Denn in Preußen besteht die große Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten. In der Preußischen Regierung sitzen als mitverantwortlich die sozialdemokratischen Minister Severing, Siering und Braun.

Wir haben dieses amtliche Material zusammengestellt. Danach sollen die Hohenzollern erhalten:

**657 904 Morgen besten deutschen Landes.**

### Das ist ein Gebiet so groß wie 1/6 Oberschlesiens!

Zwar schweben noch immer über einen Teil der Hohenzollern-Forderungen Verhandlungen zwischen der Preußischen Regierung und dem ehemaligen Königshause, doch hat die Regierung, in der, wie gesagt, Sozialdemokraten sitzen, bereits ein Drittel des Geforderten, nämlich

**210 000 Morgen den Hohenzollern zugestanden.**

Auch der Rest des geforderten Landes wird, wenn in der bisherigen Weise weiter verfahren wird, auf gütlichem oder gerichtlichem Wege den Hohenzollern zufallen.

Am ungeheuerlichsten sind die Ansprüche der Hohenzollern auf schlesisches Land. Auch hier wurde ein beträchtlicher Teil der Forderungen des einstigen Königshauses bereits bewilligt.

**Die Sozialdemokraten Severing, Siering und Braun gestanden den Hohenzollern zu:**

| | |
|---|---|
| **Herrschaft Camenz, Seitenberg, Schnellenstein, Rittergut Schönau bei Landeck** mebst Rustikalbesitz (bestehend aus 4 Oberförstereien, 2 Dominien, 1 Elektrizitätswerk, 1 Holzschleife u. 7 Pachtgütern, 2 Mühlen, 4 Gasthöfen, 1 Schweizerei und kleinen Parzellenpachten) | 20 986,9 ha |
| **Gut Tornau, Kreis Glogau** | 384,2 „ |
| **Gut Thauer, Kreis Steinau** | 244,8 „ |
| **insgesamt** | **21 616,0 ha** |

Noch nicht endgültig entschieden sind die Ansprüche der Hohenzollern auf folgende Güter, deren Zwangsverwaltung allerdings bereits aufgehoben worden ist und über die die Hohenzollern bereits genau so verfügen, als wäre der Rechtsstreit schon zu ihren Gunsten entschieden. Bisher ist noch keine einzige der Hohenzollernschen Forderungen von unseren monarchistischen, reaktionären Richtern zugunsten des Staates entschieden worden, so daß bestimmt damit zu rechnen ist, daß auch diese Forderungen der Hohenzollern bewilligt werden.

Es handelt sich um folgende Güter:

| | |
|---|---|
| **Herrschaft Oels** bestehend aus den Rittergütern Bernstadt mit Vorwerken, Carlsburg und Doeberle, Spahlitz und Würtemberg, Rathe, Ober-Schmolkn, Kunzendorf, Groß-Ellguth, Klein-Ellguth, Kalkvorwerk, Vielguth, Freigütern Groß-Ellguth, Ndr.-Schmolkn, Ober-Schmolkn, Rittergut Schwingsdorf, Schloß Oels mit Fasanerie, Oberförsterei Bernstadt mit 4 Revieren, Jagdhaus Kl.-Ellguth, Jagdhaus Neu-Ramuck | 10 050,000 ha |
| **Gut Gramschütz, Kreis Glogau** | 331,825 „ |
| **Gut Simbsen, Kreis Glogau** | 335,909 „ |
| **Gut Oblisch, Kreis Glogau** | 755,449 „ |
| **Gut Töppendorf, Kreis Glogau** mit den Gütern Töppendorf und Heinbach und dem Helenen- und Sophienvorwerk | 693,374 „ |
| **Oberförsterei Töppendorf, Kreis Glogau** | 3 248,828 „ |
| **Gut Kl. Logisch, Kreis Glogau** | 258,392 „ |
| **Rittergüter Deise, Ackersdorf und Teichau, Kreis Striegau** mit Pentwitz Deise und Neugut Deise | 957,110 „ |
| **Gut Fürstenau, Kreis Neumarkt** | 383,423 „ |
| **Gut Rothsürben, Kreis Breslau** mit Vorwerken Sorge- und Sattlau | 615,921 „ |
| **Herrschaft Siegersdorf und Tschirne, Krei Bunzlau** mit den Vorwerken Schloßgut Siegersdorf, Ober-Siegersdorf, Mittel- und Ober-Tschirne | 609,007 „ |
| **Gut Oberthomaswaldau, Kreis Bunzlau** mit Vorwerk Schwirbendorf | 348,523 „ |
| **Oberförsterei Schmiedeberg, Kr. Hirschberg** | 3 250,438 „ |
| **Herrschaft Karmunkau, Kr. Rosenberg OS.** bestehend aus Gut Groß-Borek, Gut Bischdorf, Gut Kostellitz, Gut Alt-Karmunkau, Gut Sternalitz, Herrschaft Bogunowitz nebst Kuhoben und Weihrau, Gut Neu-Karmunkau, Pfurow u. Wollentschin, Oberförsterei Bischdorf | 10 284,991 „ |
| **insgesamt** | **32 087,000 ha** |
| **dazu bereits bewilligter Boden** | **21 616,000 „** |
| **zusammen** | **57 703,000 ha** |

**Ueber 230 000 Morgen besten schlesischen Landes den Hohenzollern!**

### Das ist das Zwölffache der Größe Breslaus!

Dem sozialdemokratischen Arbeiter, der täglich den Wahlruf der SPD. „Monarchie oder Republik", vernimmt, wird es unfaßlich scheinen, daß es seine eigenen Parteigenossen, führende Männer seiner Partei waren, die den Hohenzollern, den größten Kriegshetzern, diesen größenwahnsinnigen Herrschern von „Gottes Gnaden", diesen Typen des Polizei- und Kasernenstaates Milliardenwerte in den unersättlichen Rachen warfen. Sind doch selbst bürgerliche Revolutionen vor über hundert Jahren anders mit ihren Königen verfahren. So enteignete die französische Revolution ihren König nicht nur restlos ohne Entschädigung, sondern schlug ihm den Kopf ab. Ja, selbst der Erzreaktionär Bismarck, der Vater des Sozialistengesetzes, wies spöttisch mit einer Handbewegung die deutschen Fürsten ab, denen er im Krieg 1864/66 Land und Krone genommen hatte, als sie eine Entschädigung verlangten. „Ich führe dies nur an", sagte Bismarck, „um Ihnen die Geringschätzung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung (der von ihm entthronten Könige und Fürsten. D. Red.) aufzunehmen haben, die sich hier geltend macht." So spottete Bismarck über die Entschädigungsansprüche der von ihm entthronten Fürsten.

In der heutigen Sozialdemokratie ist das anders geworden. Mit der Industrialisierung der Landwirtschaft, mit dem Verwischen der Grenzen zwischen Junkern und Kapitalisten, mit der Vereinigung der Feudalen mit der Bourgeoisie verschwand allmählich der Gegensatz zwischen Monarchie und Republik. Bereits in der Monarchie war die Kapitalistenklasse die Beherrscherin des Staates. Der Unterschied zwischen Monarchie und Republik ist daher heute nur noch ein äußerer, formaler. So ist England trotz Monarchie fortschrittlicher als die deutsche Republik. Die englischen Sozialdemokraten führen nicht einmal einen Scheinkampf gegen den englischen König. Sie haben sich vollständig mit dem englischen Königtum abgefunden.

Wilhelm von Amerongen war nicht nur Kaiser und König, sondern gleichzeitig der größte Grundbesitzer Deutschlands und einer seiner reichsten Kapitalisten. Und das ist er geblieben, trotz Revolution, trotz Republik, trotz Sozialdemokraten, ja umgekehrt, infolge sozialdemokratischer Beihilfe. Denn hätte die deutsche Sozialdemokratie versucht, auf revolutionärem Wege Wilhelm zu enteignen, so hätte das Volk das gleiche Vorgehen gegen alle Kriegsgewinnler und Schieber, gegen die gesamte Großindustrie und den gesamten Großgrundbesitz verlangt. Und davor schreckte die deutsche Sozialdemokratie zurück, wie vor dem leibhaftigen Gottseibeiuns.

Nichts zeigt klarer, eindringlicher und anschaulicher den Verrat der SPD., als ihr Verhalten gegenüber den Hohenzollern. Bereits am 13. November 1918, als sich die gesamte Regierungsgewalt im Reich und in Preußen in den Händen der Sozialdemokratie befand, verfügte sie nicht etwa die Konfiskation der Hohenzollerngüter, die Wilhelm und seine Vorfahren dem Volke gestohlen hatten, sondern nur ihre Beschlagnahme. Aber ausdrücklich wurde hiervon das sogenannte „Privatvermögen" der Hohenzollern ausgenommen. So heißt es in der amtlichen Denkschrift

Seite 2:

„Das nicht zum Kronfideikommißvermögen gehörige, im Sondereigentum des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt."

Da eine Trennung zwischen Privat- und Staatsvermögen ein Unding war, war damit von vornherein den Hohenzollern ein Volksvermögen von mehreren Milliarden Wert ausgeliefert. Es mußte und konnte nur heißen:

**Entweder: entschädigungslose Enteignung des gesamten Hohenzollernbesitzes**

**oder: seine Uebergabe an die Hohenzollern.**

Die Sozialdemokraten, die von vornherein den Hohenzollern das zugestanden, was sie allen Kapitalisten und Großgrundbesitzern zugestanden haben, nämlich Schutz des gesamten Privatbesitzes, haben, indem sie den Hohenzollern den Privatbesitz garantierten, ihnen konsequenterweise auch den Staatsbesitz ausgeliefert. Indem sie den Rechtsweg beschritten, an Stelle des revolutionären Weges der entschädigungslosen Enteignung, haben sie von vornherein vor den Hohenzollern kapituliert.

Das zeigte noch deutlicher das Schreiben der sozialdemokratischen Minister vom 30. November 1918:

**„Das Finanzministerium ist ermächtigt, aus den Erträgen für den Unterhalt des vormaligen Königs und der Mitglieder des vormals königlichen Hauses angemessene (!) Beträge festzusetzen und zu bezahlen."**

**Südekum, Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Rosenfeld und Simon.**

Wie sahen diese angemessenen Beträge aus?

Wir zitieren den Sozialdemokraten Heinig in seinem Buch „Hohenzollern":

Es gingen in barem Geld ab bis

| | | | |
|---|---|---|---|
| November | 1918 | 650 000 | Mark |
| Januar | 1919 | 8 000 000 | „ |
| August | 1919 | 1 350 530 | „ |
| September | 1919 | 46 000 000 | „ |
| Oktober | 1919 | 10 000 000 | „ |
| Ende | 1919 | 3 230 000 | „ |
| zusammen | | 69 060 530 | Mark |

### Allein bares Geld verschenkten Sozialdemokraten bis 1919 den Hohenzollern 69 Millionen Mark.

Zu diesen Geldzahlungen kommen hinzu die gesamten Mobilien, das Inventar der land- und forstwirtschaftlichen Ländereien, das Inventar der Schlösser, der Kunstbesitz, der Theaterfundus, die Kroninsignien und Kronjuwelen und persönlichen Geschenke und Andenken. Allein diese Werte, die ihm fast alle ausgeliefert wurden, haben einen

**Wert von mehreren Milliarden.**

Es gingen insgesamt bis 1919

**53 beladene Möbelwagen mit silbernen und goldenen Hausgegenständen, Schmucksachen usw. unverzollt und unversteuert über die deutsch-holländische Grenze nach Amerongen.**

Das erste endgültige Angebot, das die preußische Regierung den Hohenzollern machte, eine Regierung, deren Präsident der Sozialdemokrat Hirsch, deren Finanzminister der Sozialdemokrat Albert Südekum, Schloßherr von Sacrow bei Potsdam, waren, erfolgte am 27. Januar 1920. Was dort Sozialdemokraten, führende Männer der Partei, preußische Minister, den Hohenzollern freiwillig anboten, war so ungeheuerlich, daß selbst der bürgerliche Landtag es ablehnte.

Aber die deutschen Sozialdemokraten hörten damit nicht auf, treue Diener der alten Monarchie zu sein. Sie boten den Hohenzollern freiwillig 210 000 Morgen an. Zum Beweis führen wir die betreffende Stelle aus der amtlichen Denkschrift an:

**„Das vormalige Königshaus machte ein Eingehen auf diesen Vertragsentwurf von vornherein davon abhängig, daß nicht nur die Herrschaften Schwedt, Vierraden, Wildenbruch, Grauenz und Schmolsin (etwa 115 000 Morgen), sondern die gesamten jüngeren Erwerbungen des streitigen Hausfideikommisses mit insgesamt 210 000 Morgen freigegeben würden, indem es die Richtigkeit der dem staatlichen Vergleichsangebot vorliegenden Ertragsschätzungen anzweifelte.**

**„Bei dieser Sachlage wäre an sich eine Verständigung noch denkbar gewesen."**

Die Sozialdemokraten wollten sich also auf der Grundlage der freiwilligen Auslieferung von 210 000 Morgen an die Hohenzollern einigen!

Mit diesen Feststellungen ist das Kapitel der Hohenzollern und der Schuld der Sozialdemokratie nicht erschöpft. Wir behalten uns vor, noch weiteres Material darüber zu veröffentlichen.

An der gesamten werktätigen Bevölkerung liegt es, die Konsequenzen aus dem Verhalten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zu ziehen. Wer will,

daß Kleinbauern sich plagen mit 10–20 Morgen,
ein Hohenzoller aber 658 000 Morgen Land erhält,

daß Kriegshinterbliebene mit 13 Mark monatlich abgefunden werden,
der Hauptkriegsstreiter aber Werte von mehreren Milliarden erhält,

daß Millionen Beamte, Angestellte, Arbeiter, Mittelständer notleiden, keine Hilfe von der Republik erhalten,
aber ein einziger größenwahnsinniger, entthronter Monarch, der größte Großgrundbesitzer Deutschlands, einer der reichsten Kapitalisten der Republik bleibt —

der wähle in den Land- und Reichstag dieselben Betrüger, dieselben Parteien wie vordem.

Wer aber gegen diese kaiserliche Republik ist, wer eine Republik der Arbeitenden für die Arbeitenden schaffen will, der wähle zum Zeichen seines Protestes am 7. Dezember die KPD.

**Fort mit dem Staats- und Privatbesitzbesitz der Hohenzollern!**
**Fort mit der kaiserlichen Republik!**
**Alle Stimmen der Kommunistischen Partei!**

## Der Monsterprozeß gegen die KPD.

Freiburg (Baden), 14. November.

Der große Prozeß gegen 41 revolutionäre Arbeiter, Bauern und Sympathisierende hat am Donnerstag begonnen. Die Angeklagten wurden fast sämtlich aus dem Gefängnis vorgeführt, mit Ausnahme des schwerkranken Abgeordneten Bock, der im Krankenhaus liegt. Die badische Landtagsabgeordnete Frieda Unger konnte von den Schergen der Ebertjustiz noch nicht ergriffen werden. Bei Beginn der Verhandlung erhob die Verteidigung Einspruch gegen den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes der Republik Niedner und lehnte ihn wegen Befangenheit ab. Nach einhalbstündiger Beratung der Ablehnungsanträge lehnte der Gerichtshof die Anträge ab. Niedner kann seine Blutjustiz in Freiburg beginnen. Die Anklage lautet auf Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, Diebstähle usw. Wir werden morgen weiter berichten.

## Englische gegen die deutschen Sozialdemokraten.

Die deutsche Klassenjustiz am englischen Pranger.

In einem Artikel über die deutschen Wahlen erklärt das Zentralorgan der Labour Party:

„Nur die Kommunisten halten sich von dem Linksblock abseits; sie betreiben eine aktive Propaganda, die gehindert wird durch eine wilde polizeiliche Verfolgung. Die Rechtsparteien unterstützen diese Verfolgung, auch die Linksparteien, die Sozialdemokraten, helfen an dieser Verfolgung der Kommunistischen Partei mit."

## Sozialdemokratischer Wahlschwindel.

Aus der Kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wird uns vom Genossen Ammon geschrieben:

Es scheint, als ob es der Sozialdemokratie in Breslau an einer zugkräftigen Wahlparole gegen die Kommunisten fehlt, denn sonst brauchte sie nicht mit dem elenden Schwindel in die Wahlversammlungen gehen, ich hätte bei ihrem Antrage am 15. Oktober d. Js. betreffend die Ermäßigung der Gebühren für die Produkte der städtischen Betriebswerke, wie Gas, Elektrizität usw. usw. mich gegen die Herabsetzung derselben ausgesprochen, mit meiner Bemerkung, daß der Antrag der SPD. auf Herabsetzung der Preise nicht wichtig sei.

Wie war die Sache in Wirklichkeit?

Der Begründer des sozialdemokratischen Antrages richtete an die bürgerliche Mehrheit des Stadtparlamentes das Ersuchen, bei Annahme des Antrages dem Magistrat gegenüber Rückgrat zu haben, um die Durchführung des Antrages zu erzwingen. Bei meinen Ausführungen zu diesem Antrage habe ich darauf hingewiesen, daß schon zu Anfang dieses Jahres, als die Sozialdemokraten noch die absolute Mehrheit im Stadtparlament hatten, schon zweimal Anträge angenommen wurden,

**eine Herabsetzung des Gaspreises vorzunehmen.**

Die SPD. hat nichts unternommen, den Magistrat evtl. durch schärfste Obstruktion zu zwingen, die Ermäßigung des Gaspreises durchzuführen. Auch bei den diesjährigen Etatsberatungen habe ich sowohl im Ausschuß als auch im Plenum eine Herabsetzung und Staffelung der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität nach Einkommen aus Arbeitsverdienst und Kinderzahl beantragt und die Einführung des Zehnpfennigtarifes für die Straßenbahn verlangt. Die SPD. hielt den damaligen Zeitpunkt für Herabsetzung der Preise nicht für angebracht und ließ durchblicken, daß sie im Herbst mit einem derartigen Antrag kommen würde. Bei Behandlung des Antrages in der Sitzung vom 16. Oktober habe ich gesagt, daß wir für die Herabsetzung der Gebühren stimmen werden, aber wiederum einen Zusatzantrag auf Abgabe von

**Gas an Erwerbslose, Kleinrentner usw. zum Selbstkostenpreise**

(der etwa 11 bis 12 Pfg. pro Kubikmeter beträgt) stellen werden. Also nicht die Herabsetzung des Gaspreises habe ich als nicht wichtig bezeichnet, sondern den Antrag der SPD. an sich, da er nur aus agitatorischen Gründen gestellt worden ist. Und wie recht ich mit dieser Auffassung hatte, daß es der Sozialdemokratie nicht ernst mit ihrem Antrage sei, ergibt sich daraus, daß sie mit der Ueberweisung in den Ausschuß 8 einverstanden war, anstatt den Antrag sofort im Plenum zur Abstimmung zu bringen. Am 10. Oktober sollten die beantragten Ermäßigungen in Kraft treten. Heute, nach zirka vier Wochen, schlummert der Antrag noch im Ausschuß 8. Es ist bezeichnend, daß der Vorsitzende dieses Ausschusses der Sozialdemokrat Dorf ist. Er hätte also auch hier die Möglichkeit, die Angelegenheit zu beschleunigen, wenn es den Herrschaften, wie oben nachgewiesen, mit ihrem Antrage ernst gewesen wäre. Es ist also ein sehr plumper Schwindel und eine gemeine Verdrehung, wenn man behauptet, ich hätte gegen die Herabsetzung der Gebühren gesprochen. Es muß sehr schlimm um die Wahlparole einer Partei stehen, wenn sie mit derartigen Argumenten operieren muß. Bei der politischen Verlumptheit der SPD. kein Wunder.

Unsere Genossen in den Betrieben und in den Versammlungen werden gut tun, das erbärmliche Verhalten der SPD. ins rechte Licht zu rücken und ihnen den dick aufgelegten Schwindel um die langen Ohren [illegible]

## Was ist das: Schwarz-rot-gelb?

### Preisrätsel.

**Schwarz:**

Die Frage der Staatsform hat für das Zentrum auch heute noch keine grundsätzliche Bedeutung; es verlangt nicht von seinen Anhängern, daß sie die Republik an sich zu ihrer Herzenssache machen, wohl aber, daß sie die bestehende Staatsgewalt anerkennen und schätzen, auf dem Boden der Verfassung stehen und auf jede revolutionäre Absicht verzichten. Auch in dieser Beziehung verhält sich das Zentrum heute noch ebenso wie zur Zeit seiner Gründung. Auch damals wurde ihm schon der Vorwurf gemacht, es zähle Monarchisten und Republikaner in seinen Reihen.

(Reichskanzler Marx auf dem Zentrumsparteitag.)

**Rot:**

Unterm schwarz-rot-goldnem Banner haben sich die Kriegsteilnehmer, deren „Freunde und Gönner" von den drei republikanischen Parteien (SPD., Zentrum, Demokraten) zusammengefunden. Nach Gründung des Bundes habe ich mich um freiwillige Beiträge zum Ausbau an Republikaner und republikanische Organisationen gewandt.

Hörsing.

**Gold:**

Die Deutsche Demokratische Partei jetzt fördern und stützen, heißt gute, weitsichtige Unternehmerpolitik treiben.

(Demokratisches Wahlmanifest.)

**Was ist das?**

Das ist das Reichsbanner „Schwarz-rotgold".

Das soll die SPD.-Arbeiter vergessen machen, daß ihre Partei durch die Schuld ihrer Bonzen ein Trümmerhaufen geworden ist, und daß die „völkerbefreiende" Sozialdemokratie heute ein Häuflein von Schnorrern und Postenjägern geworden ist, die nur durch ihre Kupplergeschäfte zwischen Geldsack und Pfaffentum noch leben können.

**Das ist schwarzrotgold!**

## Die Kandidaten der KPD.

### Liste zum Landtag im Wahlkreis Breslau.

1. Schulz Richard, Bergmann, Dittersbach
2. Oelsner Alfred, Parteisekretär, zurzeit Zentralgefängnis Kottbus.
3. Rotter Josef, Schneider, Waldenburg
4. Schild Paul, Anleger, Breslau
5. Flegel Fritz, Gärtner, Brieg
6. Reichelt Franz, Weber, Langenbielau.
7. Müller Artur, Expedient, Breslau
8. Kinischer Karl, Berghauer, Altwasser
9. Schönfelder Ida, Ehefrau, Dittersbach
10. Weigelt Oskar, Schuhmacher, Breslau.

### Liste zum Landtag im Wahlkreis Liegnitz.

1. Smolka Josef, Sattler, Haynau
2. Geisler Paul, Schlosser, Hirschberg
3. Weinert Robert, Arbeiter, Neusalz
4. Geister Gustav, Monteur, Liegnitz
5. Schlag Gustav, Glasarbeiter, Hermsdorf
6. Walter Karl, Arbeiter, Landeshut
7. Mielke Gustav, Arbeiter, Jauer
8. Gregor, Metallarbeiter, Lauban
9. Thomas Erich, Glasarbeiter, Bunzlau
10. Noak Emma, Frau, Hirschberg.

### Liste zur Reichstagswahl im Wahlkreis Breslau.

1. Hamann Alfred, Parteisekretär, Haynau
2. Gläser Max, Schlosser, (zurzeit Untersuchungsgefängnis Breslau).
3. Reimann August, Steinmetz, Striegau
4. Jahn Richard, Berghauer, Altwasser
5. Kupke Elvira, Ehefrau, Breslau
6. Müller Hermann, Maurer, Langenbielau
7. Wiesner Gustav, Metallarbeiter, Ohlau
8. Müller Julius, Bergmann, Ober-Hermsdorf
9. Lischke Bernhard, Monteur, Münsterberg
10. Fiedler Theodor, Arbeiter, Breslau
11. Gruschka Josef, Schlosser, Freiburg.

### Liste zur Reichstagswahl im Wahlkreis Liegnitz.

1. Hamann Alfred, Parteisekretär, Haynau
2. Obst Willy, Schlosser, Kotzenau
3. Ulrich Artur, Görlitz
4. Seidel Franz, Lehrer, Jauer
5. Brückner Wilhelm, Weber, Landeshut
6. Robens Christian, Maschinenwärter, Schmiedeberg
7. Koebe Gustav, Bauarbeiter, Straupitz
8. Schenner Reinhold, Bauarbeiter, Bunzlau
9. Jonza Thomas, Arbeiter, Glogau
10. Klose Karl, Maurer, Liegnitz.

## Die Sozialpolitik der SPD.

Die „Volkswacht" teilt in einem Leitartikel über die Sozialpolitik mit, daß auf den meisten Gebieten die Ausgaben für Sozialpolitik in der Republik gegenüber der Monarchie zurückgegangen sind. Man sollte meinen, das sei ein Anlaß für die SPD., die bürgerlichen Parteien anzugreifen und höhere Sätze zu verlangen. Umgekehrt! Die Sozialdemokratie verteidigt sich mit diesen Ziffern gegen den bürgerlichen Vorwurf, die Republik gebe zuviel für die Versicherten und Erwerbslosen aus. Sie entschuldigt sich vor dem Bürgertum, das selbst diese geringen „unproduktiven" Ausgaben beseitigen will.

Die deutsche Sozialdemokratie beweist damit erneut, daß sie nicht nur das Endziel, den Sozialismus, längst aus ihrem Programm gestrichen hat, sondern es wagt nicht einmal mehr, gegen den Widerstand der Bourgeoisie Reformen für die Arbeiterschaft zu erkämpfen.

— Der große Herbstkongreß der IAH., der am 26. und 27. Oktober in Berlin tagte, zeigte das ständige Wachstum der IAH. und das Steigen ihrer Leistungen in aller Welt.

— Von den russischen Bauern des Glatzer Kreises sind 400 der IAH. beigetreten. Sie haben jeder einen Sack Roggen der IAH. gespendet.

— Einen Subbotnik (Gratisarbeitstag) beschlossen die Frauen der russischen Glasfabrik Drei Duda für die IAH. durchzuführen.

## Furchtbares Unglück auf Egmontschacht.

Am 10. Nov. in der Frühschicht gegen 10 Uhr ereignete sich ein erneuter Kohlensäureausbruch in der 3. Abteilung. Der erste schwere Ausbruch kostete 7 Bergarbeitern das Leben. Bei diesem Kohlensäureausbruch sind keine Todesopfer zu verzeichnen, jedoch eine Anzahl Verletzter.

*

Das Unglück ist nicht nur auf eine grobe Fahrlässigkeit des Aufsichtsführenden zurückzuführen, sondern auf die mangelhaften Sicherheitsvorschriften. Die in dem Festnerflöz arbeitenden Bergarbeiter werden noch dazu mit allen Schikanen ausgebeutet. Diese Leute haben bis jetzt 1 Rentenmark verdient und weil sie damit nicht zufrieden waren, kamen andere an ihre Stelle.

Für 1 Mark im größten Dreck, in ewiger Dunkelheit schuften und dabei noch andauernder Gefahren ausgesetzt sein, das ist das Los derjenigen, die glaubten, daß die Demokratie und die Republik der Weg zu Errungenschaften sei. Wir fordern sofortige erneute Einsetzung einer Untersuchungskommission und strenge Bestrafung des Zechenherrn und derjenigen seiner Beamten, die die Unfallvorschriften übertreten haben.

## Der Streik der Elektromonteure beendet.

Breslau, 14. November.

Der Streik der Elektroarbeiter hat gestern sein Ende gefunden. Auf das Resultat werden wir an anderer Stelle eingehen. Die Bekanntmachung der Metallindustriellen über eventuelle Aussperrung hat also seinen Zweck erreicht und die Gewerkschaften gefügig gemacht. An eine Aussperrung ist nunmehr nicht zu denken.

## Ein Wahlgeschenk für die Angestellten.

Nachdem die Breslauer Detaillisten fast sechs Wochen lang jede Gehaltserhöhung für die Angestellten abgelehnt haben, bekehrten sie sich jetzt zu einer Erhöhung von 8 Prozent. Hoffentlich haben sich die Herren keinen Schaden getan! Aber die Wahl steht vor der Tür, Darum die „Großzügigkeit"!

Wir hoffen, daß die Gewerkschaften trotzdem weiter auf ihrer geringen Forderung von 20 Prozent bestehen bleiben. Die Weihnachtszeit beginnt und damit eine Konjunktur für alle Geschäfte. Das müssen die Angestellten ausnutzen.

## Verstärkter Streik an der Hochbahn.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 14. November.

Trotz aller Versuche der Direktion, die einige Front der Streikenden zu durchbrechen, wird der Kampf geschlossen weitergeführt. Die Direktion behauptet, die Hochbahner hätten sich eines Vertragsbruchs schuldig gemacht. Die Versuche der Direktion mit Hilfe „einiger arbeitswilliger" Elemente den Betrieb gestern nachmittag aufzunehmen, ist kläglich gescheitert. Die Arbeit ruht vollständig.

## Aus dem Sumpf der deutschen Republik.

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 14. November.

Die Korruptionsaffären der Ebertrepublik häufen sich. Nachdem vor einigen Tagen große Unterschlagungen in der Fundstelle des Berliner Polizeipräsidiums entdeckt wurden, kommt heute die Meldung von Riesenunterschlagungen vom Amtsgericht Berlin-Mitte. Dort hat der Justizobersekretär Karl Huster 300 000 Goldmark für sich verbraucht und ist jetzt verduftet. Dieser Gauner und Sekretär der Ebertjustiz hat außerdem noch Wirtschaftsgelder der Beamten, die zum Einkauf von Kohle und Wintervorräten vorhanden waren, in seine eigene Tasche gesteckt.

## Der Prozeß Hermann.

Der Prozeß gegen den sozialdemokratischen Exminister Hermann ist genau derselbe Justizskandal wie die Prozesse gegen die Sozialdemokraten Zeigner, Löb usw. und sind das Resultat des schwächlichen, feigen Verhaltens der sogenannten „linken" SPD. Hermann wird der „Unterschlagung" beschuldigt, weil er angeblich Akten verschwinden lassen habe. Der Oberstaatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis oder 3000 Mark Geldstrafe. Bezeichnenderweise wurde die Anklage der Waffenschiebungen gegen Hermann vom Gericht selbst fallen gelassen. Warum? Hermann hatte den Faschisten in Suhl Waffen aus den Munitionsfabriken gegen die Arbeiter geliefert und auch nach Weimar transportiert.

Ein Kommunist, bei dem man nur einige Handgranatenstiele findet, wandert auf Jahre ins Zuchthaus. Ein SPD.-Minister, der Waffen an Faschisten verschiebt, erntet das Lob des reaktionären Gerichts.

## Die Mißernte in Schlesien.

Regierungsvertreter unternahmen eine Reise in die Landkreise Schweidnitz, Reichenbach, Neurode, Glatz und Habelschwerdt zwecks Feststellung, ob daselbst Notstandsgebiete liegen.

Das Ergebnis der Fahrt war teilweise erschreckend. In einzelnen Teilen der durchfahrenen Strecken mußte festgestellt werden, daß die Ernte fast völlig vernichtet war. Neben Auswinterungsschäden wurde festgestellt, daß das Getreide wochenlang im Regen nach dem Hauen hatte stehen müssen, so daß es ausgewachsen und verfault ist. Die Kartoffeln sind ebenfalls bis zu

**zwei Drittel der geernteten Menge verfault.**

Namentlich trifft dieses auf die höher gelegenen Gebiete zu, deren Grenze etwa bei 450 Meter Seehöhe zu ziehen ist. Demzufolge traten die Regierungsvertreter auch dem Antrage des Schlesischen Landbundes bei, und erklärten eine Reihe von Ortschaften als Notstandsgebiete, so daß die Einwohner derselben Steuern vorläufig nicht mehr zu zahlen haben.

*

Was kann schon vom Landbund, in dem die großen schlesischen Magnaten, Fürst v. Pleß, Graf Schaffgotsch, Freiherr v. Richthofen und wie die Aussauger alle heißen, Gutes kommen.

Die Großagrarier, die sowieso nicht viel Steuern bezahlen, werden auch die noch geschenkt bekommen. Die Kleinbauern wird man weiter schinden und die letzte Kuh aus dem Stalle pfänden. Wie viele Rittergutsbesitzer werden trotz der „eigenen" Mißernte die günstige Gelegenheit benutzen, und dem Klein- und Mittelbauern das Anwesen abkaufen?

**Edward Morel**, der bekannte englische Pazifist, der erst vor einigen Monaten die Kriegsrüstungen im „abgerüsteten" Österreich, betrieben auf Befehl der friedliebenden Entente, enthüllt hat, ist gestorben.

# Die Eisenbahner Oberschlesiens im Kampf voran!

## Drei Riesenkongresse der Eisenbahnerbetriebsräte — Streikwille in Elsaß-Lothringen.

Die ungeheure Welle der Not, die gegenwärtig über ganz Deutschland hinwegbraust, hat auch bei den Eisenbahnern nicht Halt gemacht. Sie, bisher mit die geduldigsten der deutschen Beamten, die schon an und für sich zu den unpolitischsten und geduldigsten Menschen der Erde zählten, beginnen jetzt zu rebellieren. Alles wurde ihnen geraubt, der 8 Stundentag, die Koalitionsfreiheit, ihre Beamtenrechte und der letzte Bissen Brot. Nichts ist ihnen geblieben als ihr „Standesbewußtsein". Doch auch davon kann man nicht satt werden.

Und so erwachen überall, nicht nur in dem rückständigen Oberschlesien, die Beamten, die Eisenbahner. Als Resolutionen zu, die wir wegen ihrer vorbildlichen Klarheit und Schärfe vollinhaltlich abdrucken, um den anderen, politisch noch rückständigeren Arbeiter, Angestellten- und Beamten-Kategorien zu zeigen, wie gekämpft werden muß und unter welchen Parolen das gesamte kämpfende und kampfbereite Proletariat zusammengefaßt werden muß.

Es ist noch zu bemerken, daß sämtliche Parolen einstimmig angenommen wurden.

### Für 40% Lohnerhöhung, für den Achtstundentag, gegen den Abbau.

Entschließung.

Die heute am 2. November tagenden Betriebsräte aller Dienstellen der oberschlesischen Eisenbahnen nehmen Kenntnis von der durch das Referat gekennzeichneten wirtschaftlichen Lage. Die Betriebsräte stellen dabei fest, daß sich die wirtschaftliche Lage seit dem Tage der Annahme der Sachverständigengutachten täglich verschlimmert und heute schon die katastrophalsten Folgen zeitigt.

Nicht eine neue Epoche des Wohlstandes und des Friedens brachte die Annahme des Londoner Paktes, sondern das Gegenteil.

Die Gehälter und Löhne werden herabgedrückt, die Arbeitszeit wird verlängert und durch die Einführung neuer Arbeitsmethoden werden die unterernährten Eisenbahner unmenschlich ausgebeutet. Tausende werden abgebaut, entlassen und dem Hunger preisgegeben.

Die Eisenbahn als staatliches Unternehmen ist durch die Annahme des Dawesplanes und des Eisenbahngesetzes in die Hände der in- und ausländischen Kapitalisten ausgeliefert worden, die nunmehr alles daran setzen werden, um aus dem Eisenbahnbetrieb recht große Profite zu schinden, ohne auch nur die primitivsten Bedürfnisse des Personals zu berücksichtigen.

Die Betriebsräte, als die gesetzlichen Vertreter der Eisenbahner, dürfen einem solchen Plane der Unternehmer nicht tatenlos zusehen.

Sie verurteilen die Haltung der Jasagerparteien hinsichtlich der Zustimmung zum Dawesplan auf das schärfste.

Sie sind sich darüber klar, daß die Durchführung des Kapitalistenplanes die Aushungerung und vollständige Verelendung der breiten Schichten in Deutschland bedeutet. Die Betriebsräte werden nicht zulassen, daß die arbeitenden Schichten den Profitinteressen des Kapitals geopfert werden und werden sie daher alle Kräfte mobilisieren, um die Arbeiterklasse im Kampfe gegen diese Gefahr zu stützen und zu führen. Sie verlangen zunächst:

1. Eine 40%ige Lohn- und Gehaltsaufbesserung.
2. 50 Mk. einmalige Beschaffungszulage.
3. Die Wiedereinführung des 8 Stundentages.
4. Aufbesserung der Pensionen und Renten.
5. Einführung der achttägigen Löhnungsweise.
6. Abschaffung der Abbauverordnung.

Eine weitere Resolution gegen Wahlbehinderung der Kommunistischen Partei und ihrer Funktionäre, für die Befreiung der politischen Gefangenen wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

### Gegen Wahlterror und Klassenjustiz.

Entschließung:

Unmittelbar nach der Auflösung des Reichstages versuchte die Justiz den größten Teil der kommunistischen Parlamentsvertreter in Haft zu setzen. Einige von diesen Vertretern wurden festgesetzt, der übrige Teil muß, um der Haft zu entgehen, wie Freiwild, auf das man Treibjagd veranstaltet, in Deutschland umherirren.

Keinen einzigen Parlamentsvertreter der Kommunistischen Partei ist es möglich, in Versammlungen oder an anderen Stellen Vorträge zu halten.

Rund 4 Millionen Schaffender sind ihrer Führer beraubt.

Die deutsche Justiz will die Vertreter der einzigen Arbeiterpartei in die Gefängnisse werfen, in denen schon mehr als 7000 der besten Kämpfer der Arbeiterklasse schmachten.

Die heute versammelten Betriebsräte der Eisenbahner in Oberschlesien erheben schärfsten Protest gegen eine solche Schmachjustiz und verlangen die sofortige Freilassung aller politischen proletarischen Gefangenen. Sie geloben dabei gleichzeitig, alle Kräfte zu sammeln, um die Freilassung der Gefangenen zu beschleunigen und ihre Leiden abzukürzen.

*

Schließlich wurde folgender Aufruf an die oberschlesischen Eisenbahn-Arbeiter und -Beamten einstimmig beschlossen:

### An alle Eisenbahner des Bezirks Oberschlesien, Beamte und Arbeiter!

Die Betriebsräte, ohne Unterschied der gewerkschaftlichen und politischen Einstellung der oberschlesischen Eisenbahner, haben auf Konferenzen Stellung genommen zu dem fortgesetzten wirtschaftlichen Niedergang der Eisenbahner, sowie der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Der Dawes-Reichstag ist aufgelöst. Er hat seine Arbeit geleistet und den Londoner Pakt angenommen. Gegen die Annahme stimmten die Kommunisten. Für die Annahme waren die Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten.

Kollegen! Wißt Ihr, daß der Londoner Pakt angenommen ist? Wißt Ihr, daß die Regierung und der aufgelöste Reichstag die Eisenbahn und das Personal an die in- und ausländischen Kapitalisten verschachert haben?

Diese Ausbeuter sind nun im Begriff, die Eisenbahn als Privatobjekt einzurichten. Auf Kosten des Personals sollen große Profite erzielt werden. Die Vertreter der neuen Eisenbahn A.-G. lehnen die bescheidenen Forderungen der Eisenbahner nicht nur ab, sondern kürzen die Löhne und Gehälter, indem sie alle oberschlesischen Städte und auch kleinere Ortschaften von der Ortsklasse A nach B und sogar noch weiter herabsetzen. Sie verlängern weiter die Arbeitszeit und sind im Begriff einen weiteren Teil des Personals abzubauen. Sie lassen die produktiv schaffenden Eisenbahner verhungern und mästen dafür den unproduktiven Bahnschutz. Daß die Folgen der Annahme des Eisenbahngesetzes durch den Reichstag so furchtbar sein werden, haben Euch schon lange die Kommunisten vorausgesagt. Sie sagen Euch auch jetzt wieder, daß diese schändlichen Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Not nur durch das Personal selbst und nur im Zusammenhang mit allen Schichten der Ausgebeuteten im Kampf gegen die Ausbeuter beseitigt werden kann.

Die kapitalistische Regierung muß das Dawesgesetz durchführen. Sie hat sich dazu bereit erklärt. Sie wird brutal und rücksichtslos zugreifen und bedient sich der Hilfe aller Parteien, die am 29. August für dieses Schandgesetz mit Ja gestimmt haben. Die Deutschnationalen, bis hinunter zu den Sozialdemokraten sind bereit, in eine solche Morgan-Regierung hineinzugehen. Sie brauchen dazu nur einen neuen Reichstag nach ihrem Willen. Deshalb soll am 7. Dezember neu zum Reichs- und Landtag gewählt werden. Nach den Willen dieser kapitalstreuen Parteien sollen die breiten Massen in Deutschland selbst ihre Schlächter wählen. Doch die Massen werden und müssen der KPD. ihre Stimme und ihr Vertrauen schenken.

Werdet Ihr Kollegen das tun?

Nein! Ihr werdet am 7. Dezember wählen gegen die Ausbeuter, gegen Euer Henker. Ihr werdet wählen die Partei der arbeitenden Klasse, die Partei der Unterdrückten, die Partei der Kommunisten.

Wir versammelten Betriebsräte von Oberschlesien rufen Euch zu: Helft uns durch die Wahl der Kommunisten im Kampf um mehr Brot, mehr Lohn und Pension, im Kampf für den Achtstundentag und die Abschaffung der Dienstdauer-Vorschriften, für die Befreiung der politischen proletarischen Gefangenen, im Kampf gegen die Kapitalisten, die Ausbeuter, Henker und Verräter der Nation.

Die Betriebsräte des Eisenbahndirektionsbezirks Oberschlesien.

*

Dieser Aufruf ist vorbildlich in seiner einfachen und klaren Analyse der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und es wäre dringend zu wünschen, daß er nicht nur in allen Betriebswerkstätten, in allen Streckenwärterbuden und Blockstellen, nicht nur in allen Dienststuben und Wartesälen diskutiert wird, sondern daß er darüber hinaus eine Grundlage bildet für die Fortführung unserer bevorstehenden Kämpfe, daß er Basis und Wegweiser ist für die vielen Tausenden, die bereits unter unserer Fahne stehen und für die vielen Zehntausende, die noch zu ihr stoßen müssen und stoßen werden.

Ein Arbeiterkongreß, zu dem 75 000 Arbeiter ihre Vertreter sandten, drei große Eisenbahnerbetriebsrätekongresse — und das alles mühelos, ohne großen Tamtam an einem Sonntag, fürwahr, es geht wieder aufwärts in Oberschlesien — und — vorwärts!

---

### 12 000 elsaß-lothringische Eisenbahner protestieren

In einer machtvollen öffentlichen Kundgebung in Straßburg richteten 12 000 elsaß-lothringische Eisenbahner aller Grade an die Regierung und die gewählten Volksvertreter einen letzten dringenden Appell um sofortige Verwirklichung ihrer schon wiederholt unterbreiteten Forderungen. Sie sind nicht gewillt, sich durch leere Versprechungen länger täuschen und hinhalten zu lassen, beschließen vielmehr, zur Aktion überzugehen, die ihnen von ihrer erbärmlichen und traurigen Lage diktiert wird und erklären sich bereit, mit allen Mitteln um die Verwirklichung ihrer Forderungen zu kämpfen, falls die Regierung in ihrer unverständlichen Lage beharren sollte.

Die Forderungen der elsaß-lothringischen Eisenbahner sind folgende:

Sofortige Auszahlung von 1800 Frank für 1924.

Erhöhung des Existenzminimums auf 6500 Frank vom 1. Januar 1925 ab.

Sofortige Einführung des 8 Stundentages.

Sofortige Wiedereinstellung der wegen ihrer politischen Ansichten entlassenen Kollegen.

Revision des Personalstatuts.

Sofortige Abschaffung des Verdienst-Notensystems.

Gleichmäßige Gratifikation aller Bediensteten in Höhe eines vollen Monatseinkommens und volle Wahrung der sozialen Errungenschaften und erworbenen Rechte der Mitglieder der Krankenkasse.

---

# Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kaniowski.

Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

29]

Die meisten unserer Genossen waren noch junge Anfänger, ich allein war ein wenig älter, vor allen Dingen aber umgab mich in ihren Augen der Nimbus des Kämpfers der heiligen Pariser Kommune. Mir dachte man die Führerrolle zu in dem uns bevorstehenden Straßenkampfe. Im Grunde aber dachten wir damals weniger an diesen Kampf, unser hauptsächlichstes Ziel war das Land, die Propaganda auf den Dörfern. Die offizielle Welt der Beamten und des Militärs existierte für uns nur dank der Passivität der großen Massen; sowie das Volk erwacht — dachten wir — schüttelt es dies Joch einfach ab.

Es waren sonderbare Zeiten, diese Jahre, wo die Jugend beiderlei Geschlechts zu Tausenden Haus, Familie und Vermögen verließ um ins Volk zu gehen, mit ihm zu arbeiten und ganz mit ihm zu verschmelzen, um sein Gewissen und sein Wille zu werden. Ich denke da an manche terre Gestalt, die in der Etappe umkam, in der einsamen Zelle irrsinnig wurde, auf dem Galgen endete oder in Sibirien in der Zwangsarbeit ihr Leben verlor. Diese Helden waren es gerade, die damals im Lenz der Bewegung diese klare, kristallene, frohe Atmosphäre schufen, so daß keiner, der irgendwie mit ihnen in Berührung kam, nicht angesteckt wurde von ihrem festen Willen zum Kampf für das Volk. Ihr persönliches Glück sahen diese Menschen nur in ihrer Arbeit und in dem Verzicht auf alle bürgerlichen Freuden. Um sie zu begreifen, muß man sich eben freimachen können von allen Dingen, welche sonst das Leben regieren, frei werden, d. h. nicht Sklave seines Besitzes sein. Und äußere Dinge hatten in unserem Leben wenig Geltung. Broschüren, Flugblätter, Pässe, das waren Sachen, die für uns Wert besaßen; unser Geld gehörte selbstverständlich der allgemeinen Sache. Wir lebten sehr einfach. Aber es irrt sich der Bürger, wenn er unser Dasein sich freudlos vorstellt.

Der Winter wurde mit Vorbereitungen zugebracht; im Frühjahr sollte dann die Bewegung beginnen. Eilig bereiteten wir uns für unsere Arbeit vor, sammelten Nachrichten von den Dörfern, lernten die verschiedensten Handwerke. Regelmäßig liefen die wöchentlichen Transporte ein an Broschüren, Flugblättern und Zeitschriften. Die Gruppen standen untereinander in fester Verbindung.

Auf neutralem Gebiete entbrannten dann heftige Diskussionen mit den anderen Kreisen der Studentenschaft: Erörterungen, Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten, die oft die ganze Nacht bis zum hellen Tag dauerten. Es gab damals viel Schattierungen, Parteien und Gruppen, an deren Unterschiede ich mich heut nicht mehr erinnere.

Diese Diskussionen übten auf Ola einen großen Einfluß aus, ihre Augen weiteten sich dann und bekamen einen sonderbaren Glanz. In wenigen Tagen war es ihr gelungen, in unsere Gedankenwelt einzudringen und mit unseren Gedanken zu denken. Wir bewohnten zwei saubere Zimmer, deren Fenster auf die See hinausgingen. Ophrianoff setzte alle Welt in Erstaunen, als er uns ein Dutzend Blumentöpfe verehrte.

Ophrianoff hatte eine hohe Stirn, ein etwas unregelmäßiges Gesicht und traurige, ernste Augen, er war schön, weil sein Antlitz ein ununterbrochenes Arbeiten seiner Gedanken verriet. Er hatte die Angewohnheit, laut zu denken, unbekümmert, was andere aus seinen Gedanken machten. Als wir ihm eines Tages die neueste Arbeit eines Privatdozenten zeigten, welcher sich ohne weiteres Ophrianoffs Gedanken und Theorien angeeignet hatte, lächelte er nur. Er war davon überzeugt, daß die Menge bedruckten Papiers nur ein Hindernis wäre zwischen den Menschen und der Wissenschaft, in der zukünftigen Gesellschaft würde das lebende Wort das gedruckte in den meisten Fällen ersetzen, da dann auch das Vorrecht des geistigen Eigentums nicht mehr existieren würde. Er meinte, die meisten Bücher würden heute gedruckt, nicht, um die Gedanken unter die Menschen zu bringen, sondern um die geistige Urheberschaft und das geistige Eigentum an ihnen dem Verfasser zu sichern. Uebrigens behauptete er, daß die bei weitem meisten Begriffe der Wissenschaft geformt worden seien, von den Menschen der praktischen Arbeit, die wenigsten seien im Laboratorium der Wissenschaft selbst entstanden. Ich erinnere mich an einen Streit, den Ophrianoff mit einem Biologen ausfocht, der zufällig in unseren Kreis geraten war, er hat sich übrigens später einen bekannten Namen erworben. Er kräuselte verächtlich die Lippen, als er diesen Satz hörte und fragte beleidigt:

„Was haben denn Newtons Gesetze mit der werktätigen, praktischen Arbeit gemein?"

„Verehrter Herr", sagte Ophrianoff, „meinen Sie daß der Begriff des Raumes, die Beobachtung des Raumes, das Raum- und Zeitgefühl von selbst in Newtons Kopfe entstanden sind oder in den Köpfen seiner Eltern und Verwandten? Wenn Sie dieser Meinung sind, dann verdankt er der Welt der praktischen Arbeit allerdings nichts, denn dann ist auch der Begriff der Bewegung von selbst in seinem Kopfe entstanden." Und Ophrianoff begann ein Weltbild zu entwickeln, in dem der Mensch durch den harten Kampf mit der Natur gezwungen und in gemeinsamer Arbeit diese Begriffe sich eroberte, entwickelte und herauskristallisierte. Man sah sie in seiner Hand entstehen.

„Ja, wenn wir so tief greifen wollen . . ." brummte unwillig der Gelehrte.

„Sie, verehrter Herr, bleiben lieber an der Oberfläche. Na ja, dann entsteht die Zeit aus der Uhr, nicht wahr? Aber selbst da kommen Sie ohne den Uhrmacher nicht aus."

„Mit anderen Worten, sind Sie der Meinung", rief der Gelehrte, „die Wissenschaften seien überflüssig, es genüge Holz zu hacken."

„Ja, meine Herren! Derselben Meinung ist auch unser heiliger Synod."

„Mein lieber Herr!", sagte ihm darauf Ophrianoff, „ich verbitte mir derart kindische Argumente. Von den Wissenschaften habe ich kein Wort gesagt; ich sprach von den Parasiten der Wissenschaft."

„Wo sehen Sie solche?"

„Ueberall. Auf euren Universitäten gibt es überhaupt nur Parasiten. Eine einzige Generation, die sich wirklich das, was die Wissenschaft erobert hat, aneignet und die Welt sieht nicht mehr so aus, wie sie heute aussieht."

„Dasselbe sagen wir auch!", meinte der Biologe.

„Das ist nicht wahr! Das sagt ihr nicht, denn ihr seid das ewige Hindernis zwischen der Masse und der Wissenschaft. Wie die Elstern merkt ihr euch auf die Wissenschaft."

Der ordentliche „Bürger" fühlte sich nicht wohl unter uns.

(Fortsetzung folgt.)

## „Praktische, positive Arbeit" im Parlament und „unannehmbare, gewissenlose, Agitationsanträge."

Es gibt ein gutes altes Wort: parlamentarischer Kretinismus. Ein Kretin ist zu deutsch: ein Blödsinniger. Ein parlamentarischer Kretin ist etwas viel schlimmeres. Denn er kann den schönen § 51 nicht in Anspruch nehmen, behauptet dagegen immerzu und überall, das Parlament entscheide über die „Geschicke des Volkes", so daß die „Arbeit" der Abgeordneten das höchste sei, was an menschlichen Leistungen denkbar ist.

Die SPD. züchtet diesen parlamentarischen Kretinismus bewußt. Ihre Schlagworte sind bei diesem Geschäft: „Seht, wir, ja, wir leisten „positive Arbeit" im Parlament! Wir stellen keine so „gewissenlosen", „unannehmbaren", „undurchführbaren" Anträge, wie es die Kommunisten tun! Die wollen ja nur zu „Agitationszwecken" solche Anträge stellen und treiben sonst bloß Radau! Wir dagegen, ja, wir, wir wahren die Würde des Parlaments und vertreten die Interessen der Arbeiterschaft so wie wir es immer, insbesondere aber seit 1914 getan!"

Diese Tiraden sind in sich so verlogen und blöde, daß ein jeder, der auch nur einen Augenblick nachdenkt, ihre Albernheit aufdecken muß.

Die Kommunisten stellen nur „unannehmbare" Anträge, die Sozialdemokraten aber nur „annehmbare". Bravo!

### Annehmbar für wen? Unannehmbar für wen?

Ei nun, das ist doch klar: wenn die Kommunisten z. B. ein Arbeitszeitgesetz einbrachten, das ganz allgemein den Achtstundentag festlegt, Uebertretungen mit schwerer Strafe bedroht, für gesundheitschädliche Arbeit, für Frauen kürzere Arbeitszeit bestimmt, so ist ein solches Gesetz durchaus annehmbar für die Arbeiter. Es ist „unannehmbar" für die bürgerlichen Parteien, welche prinzipiell gegen den 8-Stundentag sind. (O, sie sind nach ihren Reden „prinzipiell", „eigentlich" dafür, nur, versteht ihr, die Wiederaufbauarbeit, der verlorene Krieg und so, die zwingen zur „Ausnahme" — „aber Stinnes arbeitete ja auch 16 Stunden, sagen sie zum Trost.) Oder wenn die Kommunisten einen Entwurf einbringen, der den kleinen Bauern Kredite, Saatgut, Land zuspricht — unannehmbar schreien da die Sozialdemokraten. Unannehmbar für wen? Natürlich für die, welche Land, Geld usw. hergeben müßten.

Ja, aber es ist doch „aussichtslos", solche Anträge zu stellen, wo man doch von vornherein weiß, daß sie bei den „bestehenden Kräfteverhältnissen" im Parlament abgelehnt werden?

Auch ein Grund. Demnach kann man, versteht sich, nur bürgerliche Anträge im Parlament einbringen, von wegen der „bestehenden Kräfteverhältnisse" und den braven Volksparteilern und Deutschnationalen zureden: Nehmen Sie an, Herrschaften, der Antrag kostet Sie nichts, er könnte auch von Ihnen gestellt sein.

Nach diesem Schema arbeitet in der Tat die SPD. Ab und zu stellt sie einen etwas forscher frisierten Antrag — der dann an den „zuständigen Ausschuß" verwiesen wird: Erdbegräbnis dritter Klasse. Damit ist ihre „Arbeit" erledigt, und stolz geht sie zu den Wählern und sagt: „bitte schön, wir haben „annehmbare" Anträge gestellt, keine Agitation, Gott bewahre; angenommen ist ja nichts außer dem Gesetz über die Form der Uniformknöpfe bei den Postschaffnern und außer dem Gesetz über die Sicherung der Uebergänge auf Dampffähren, aber wir haben „positiv" gearbeitet: alles liegt in den Ausschüssen begraben.

### Das ist — parlamentarischer Kretinismus.

Der bekannte Geschichtsschreiber des Sozialismus und genaue Kenner Englands, Max Beer, schrieb kürzlich in seinem Buch „Das England der Gegenwart", die Macdonald-Regierung hätte als Minderheitsregierung von vornherein zwei Wege gehabt. Der eine, das ist der Weg der deutschen SPD.: nur solche Anträge zu stellen, die ebensogut die Liberalen oder Konservativen stellen könnten. Dieser Weg werde ja eine Zeitlang die Unterstützung der Bürgerlichen verbürgen, aber schließlich zur Diskreditierung führen. Diesen Weg hat Macdonald gewählt. Der andere Weg sei dieser: „Agitationsanträge" zu stellen, die dem Programm der Arbeiterpartei entsprechen, also für die Bürgerlichen unannehmbar seien. Dieser Weg führe zum Sturz der Minderheitsregierung, aber er verändere die Kräfteverhältnisse, natürlich nicht im Parlament, sondern außerhalb. Bei einer Neuwahl würde dann die Arbeiterpartei bestimmt die Mehrheit bekommen. Also sei dieser Weg der „Agitationsanträge", des „Parteisuppe-Kochens" der kürzere.

Beer hat durchaus recht. (Natürlich muß man hinzufügen, daß auch mit einer Parlamentsmehrheit eine Arbeiterregierung dann nichts durchführen könnte, wenn nicht die Arbeiter ihren Regierungsapparat schaffen.)

Aber, sagt die SPD., solche Anträge sind doch überhaupt nicht durchführbar. Was soll z. B. ein Sozialisierungsantrag, wie ihn die Kommunisten gestellt haben? Der ist doch gar nicht durchführbar!

„Sozialisierung ist Volksbetrug" — erklärt deshalb der lange Müller mit der Treuherzigkeit, die ihm eigen.

Das ist rührend. Und welche Gesetze sind „durchführbar"?

Da ist beispielsweise einstimmig ein großartiges Gesetz angenommen worden, wonach die Nahrschen Verordnungen in Bayern sofort außer Kraft zu setzen sind. Ja, Kuchen! Die Verordnungen gelten noch, denn — das Gesetz ist „undurchführbar": um ein Gesetz durchzuführen, muß man die Kraft haben, es zu erzwingen und den Apparat, der diesen Zwang anwendet. Jedes, auch das harmloseste Gesetz, ist undurchführbar, wenn man die Exekutive zu seiner Durchführung nicht in der Hand hat. Werden etwa die Erbschaftssteuergesetze durchgeführt? Keine Spur. Der Fall Stinnes zeigt am besten, was es damit auf sich hat.

Nun zur

### Sozialisierung.

Als sie „durchführbar" war, d. h. als die Arbeiter ihre Räte hatten, bewaffnet waren, als Herr Scheidemann nebst Herrn Ebert „Volksbeauftragte" spielten, da ließ derselbe lange Müller Plakate kleben: „Die Sozialisierung marschiert, der Sozialismus ist da!" Weshalb tat er das? Um die Arbeiter zu beschwindeln. Denn er und alle SPD.-Führer wollen keine Sozialisierung; sie sind wirklich des Glaubens, sie sei „Volksbetrug". Denn sie sind durch und durch parlamentarische Kretins und glauben nur an eins: daß die „Ordnung" des Kapitalismus die Ordnung überhaupt auf ewig sei. Damals, als die Sozialisierung „marschierte", marschierte sie in eine „Sozialisierungskommission", wo gelehrte und ungelehrte Männer zwei Jahre lang sich gegenseitig Schnurren erzählten, bis die Sache sich ausmarschiert hatte. Inzwischen marschierte Noske, Ehrhardt, Kapp, Kahr — es war ein schöner Marsch: rückwärts, rückwärts. Dafür stellten aber die Sozialdemokraten nur „annehmbare" Anträge. Einen einzigen „unannehmbaren" stellte nur Philipp Scheidemann: seine Hand möge verdorren; aber den zog er dann zurück; seine Hand blüht noch heute.

Bei solchem parlamentarischen Kretinismus ändern sich die Kräfteverhältnisse außerhalb des Parlaments natürlich wesentlich anders, als es die Arbeiter, kleinen Beamten, Bauern usw. brauchen.

Und wenn

### die Partei des Proletariats,

die einzige, die es hat, die Kommunistische, Agitationsanträge stellt, wie es die klugen Sozialdemokraten nennen, so eben, um die Massen aufzurütteln. Nebenbei: Weshalb ist ein Antrag auf 40prozentige Lohnerhöhung ein „Agitationsantrag"? Weshalb der Antrag, 500 Millionen Mark für die Erwerbslosen auszuwerfen, ein Agitationsantrag? Wo soll der Staat Geld hernehmen? fragen treuherzig die Welse und Müller. Ei nun, bei denen, die welches haben. Aber die Kräfteverhältnisse! Nun ja, wenn man sie nicht ändern will, soll man verrecken. Währenddessen werden die Hermann Müller und Wels im Parlament „die Würde wahren" und „praktische Arbeit" leisten.

Die Würde besteht darin, daß man einen Lumpen einen „geschätzten Kollegen" heißt, daß man bei Schiebungen keinen Lärm macht, daß man alles in die Ausschüsse schiebt, damit man selber ins Restaurant schieben kann, daß man „das hohe Haus" als einen Tempel der Weisheit den Arbeitern, die es nie gesehen, darstellt, kurz, daß man seinen Wählern Sand in die Augen streut und Wichtigkeit, Unentbehrlichkeit und „praktische Arbeit" vorspielt.

Die „praktische Arbeit aber besteht darin, daß man sich zum Lakaien der Bourgeoisie macht, „annehmbare" (für die Bourgeoisie) Vorschläge macht und den Massen sagt: seid nur ruhig, wir „arbeiten" ja für euch! Da braucht ihr keine Sorge zu haben! Alles prima Arbeit: „annehmbare" Vorschläge.

Wer Kretins wählen will, wähle ruhig SPD.-Leute.

Wer den Schwindel zerstören will, wähle Kommunisten, die für die Bourgeoisie und Sozialdemokraten „unannehmbare" Anträge stellen, um die Arbeiter zu mobilisieren.

# Was fordern die Kommunisten gegen die Brotverteuerung?

## Aus dem Sachverständigengutachten der Arbeiter.

Die letzten Schranken gegen den Brotwucher reißt die Marx- und Severing-Regierung nieder. Die ungenügende Kontrolle des Brotpreises in den Bäckereien ist aufgehoben. Jetzt kann jeder Bäcker den Brotpreis dem Kornwucher der Junker und Börsenspekulanten „anpassen". Jetzt merkt jede Arbeiterfrau, die mit dem Hungerlohn ihres Mannes Brot für die Familie kaufen muß, was Kornzölle bedeuten: Elend und Not.

### Was muß gegen den Brotwucher, gegen den Kornzoll geschehen?

Die Sozialdemokraten erwidern: Wir müssen zunächst einmal die Zölle bewilligen, damit wir sie hinterher durch Verträge abschaffen. Die Arbeiter kennen dieses Spiel der Sozialdemokraten: sie halten auch hier wiederum nur den Großkapitalisten und ihrer Regierung die Steigbügel.

Die Kommunisten haben im Reichstag vorhergesagt, daß das Sachverständigen-Gutachten des internationalen Großkapitals, der Dawes-Pakt, die Belastung der Arbeiter mit neuen Steuern, mit Kornzöllen bedeutet. Sie haben recht behalten.

Darum haben sie dem Sachverständigen-Gutachten des Großkapitals, das Bürgerblock und Sozialdemokraten einhellig angenommen haben,

### das Sachverständigengutachten der Arbeiter

entgegengestellt.

In diesem Gutachten sagen sie dem Brotwucher und den Zöllen den Kampf an.

Wie das?

Im Artikel 5 des Gutachtens, das sie als Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt haben, fordern sie

### die Sozialisierung der Landwirtschaft.

#### Was wird sozialisiert?

Das Gutachten antwortet:

„Der gesamte Grund und Boden, die Bodenschätze, Wasserläufe, Seen und Wälder werden zum Eigentum der Nation erklärt."

Es sagt hinzu:

„Aller Großgrundbesitz von mehr als 50 Hektar, der als Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird, betrieben mit lebendem und totem Inventar, den dazu gehörenden gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital in sozialistische Verwaltung überführt."

Wer führt die sozialistische Verwaltung des Großgrundbesitzes?

Das Gutachten antwortet:

„Die auf den großen Gütern beschäftigten Landarbeiter, Tagelöhner, Gutsleute, Handwerker und Angestellten werden unter Leitung des Betriebsrates als Produktionsgenossenschaft konstituiert, die unter staatlicher Verwaltung die Güter weiter bearbeitet ... Zur Leitung dieser Produktionsgenossenschaften werden von den Bezirkswirtschaftsräten Produktionswirtschaftsräte bestimmt, deren wichtigste Aufgabe die Sorge um die Ernährung der städtischen Bevölkerung und der proletarischen Wehrmacht ist."

Wird auch der Grundbesitz der kleinen Pächter sozialisiert?

Das Gutachten antwortet: Nein!

„Großer ländlicher Grundbesitz, der in kleine Pachten aufgeteilt wird, wird ... den bisherigen Pächtern zur weiteren Bearbeitung überlassen." Da auch die Pächter ebenso ausgewuchert werden, wie die Arbeiter in der Stadt.

Welchen Vorteil haben

die arbeitenden Bauern

von der Sozialisierung des Grundbesitzes?

Das Gutachten antwortet: Sie bekommen mehr Land.

„Landwirtschaftliche Großbetriebe, deren Felder zwischen kleinbäuerlichen Betrieben versprengt liegen, werden, falls sie von keiner ausschlaggebenden Bedeutung für die Ernährung der nächsten Industriezentren sind ... unter den anliegenden kleinen Zwergbauern aufgeteilt, so daß diese sich selbst erhalten und zur Verstärkung der Lebensmittelversorgung beitragen können."

Sie bekommen billigen Kredit, billige Düngemittel und billige Maschinen:

„Der Staat fördert die Vergenossenschaftlichung der Kleinbetriebe durch billige Kreditgewährung, den Ausbau eines engmaschigen elektrischen Kraftnetzes, durch verbilligte Lieferung von Düngemitteln und gemeinschaftlich zu benutzende Maschinen und Gebäude."

Wird die sozialistisch geführte und verwaltete Bearbeitung des Grund und Bodens zur Ernährung des Volkes ausreichen?

Ja. Denn sie ruht auf der freien Arbeit der Landarbeiter, die sich ihrer Herren entledigt haben. Sie ruht auf der freien Arbeit der kleinen Bauern und Pächter, die nicht mehr von Steuerlasten erdrückt werden. Sie ruht auf den Bedürfnissen der breiten Massen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, nicht mehr auf den Profit- und Wucherinteressen einer kleinen Klique von Junkern und Börsenspekulanten.

### Die Sozialisierung der Landwirtschaft macht die Kornzölle überflüssig.

Wie bekommen die Arbeiter in der Stadt die Bodenprodukte, die die sozialisierte Landwirtschaft erzeugt?

Das Gutachten antwortet:

„Die staatlich geleiteten Güter sowie die genossenschaftlich zusammenzufassenden Kleinbetriebe liefern ihre Produkte unter Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels an die städtischen Genossenschaften oder Gemeinden zur Verteilung an die Verbraucher."

Ohne Kornzölle, ohne Brotwucher ist so durch das Sachverständigengutachten der Arbeiter die landwirtschaftliche Produktion und die Ernährung des Volkes gesichert. Sie ist gesichert durch den

**Kampfbund der Werktätigen in den Städten, der Landarbeiter, der kleinen Pächter und arbeitenden Bauern gegen Junker und Großkapitalisten.**

Wer diesen Kampfbund will, wer wirklich gegen die Kornzölle ist, der muß am 7. Dezember den

**Kommunisten seine Stimme geben!**

## Der „Vorwärts"-Redakteur.

„Welchen Wahlschwindel über Sowjetrußland soll ich heute bringen?"

# Gewerkschaft

## An die kommunistischen Metallarbeiter!

Die Bezirksleitung hat vor einiger Zeit aufgefordert, die Adressen der Fraktionsleiter in den einzelnen Orten zu melden. Eine ganze Reihe von Orten sind dieser Aufforderung noch nicht gefolgt.

Wir fordern diese hiermit auf, sofort das Versäumte nachzuholen. Bis zum 20. November müssen wir im Besitz der Adressen sein.

**Bezirksleitung Schlesien der KPD.**
**Abt. Gewerkschaften.**

## Die Vorgänge im Bekleidungsarbeiterverband.

Am 10. November tagte die Mitgliederversammlung des Verbandes der Bekleidungsarbeiter (Opposition). Auf der Tagesordnung stand der Punkt Verschmelzung mit den Hirsch-Dunkerschen. Es sprachen der Vorsitzende der Hirsch-Dunkerschen Schneiderorganisation, Paul Krüger, Berlin. Anschließend daran der seit einiger Zeit aus der Kommunistischen Partei ausgeschiedene Baak. Anwesend waren etwa 80 Mitglieder. Die Redner ließen sich von dem Gedanken leiten, endlich wieder verhandlungsfähig werden zu müssen und versuchten, den Anwesenden in demagogischer Art den Hirsch-Dunkerschen Verband zu empfehlen. In der Diskussion sprach unsere Genossin Stipanowitz und zwei mit uns Sympathisierende. Sie wandten sich mit Entschiedenheit gegen eine Verschmelzung mit den Hirsch-Dunkerschen, daß ein Verrat der Arbeiterinteressen sei. Der Genosse Klatt schilderte noch einmal den Werdegang der Organisation, die im Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik entstanden sei und rügte aufs schärfste, daß man jetzt mit aller Gewalt zu den Gelben überlaufen wolle. Er ging auf die Streikbrechertätigkeit der Hirsch-Dunkerschen in den letzten Jahren ausführlich ein. Das Schlußwort hielt Krüger-Berlin. Der Uebertritt zu den Hirsch-Dunkerschen wurde dann mit 68 gegen 11 Stimmen beschlossen. Genosse Klatt forderte diejenigen, die gegen den Antrag gestimmt hatten, auf, den Saal zu verlassen, weil sie nichts mit der Streikbrecherorganisation zu tun haben wollten.

Wir nehmen mit Bestimmtheit an, daß die 700—800 Mitglieder des Bekleidungsarbeiterverbandes nicht den Weg zu den Gelben gehen werden, sondern daß sie mit aller Gewalt versuchen, wieder in die freien Gewerkschaften aufgenommen zu werden, um hier revolutionäre Arbeit zu leisten.

## Der Ortsausschuß Peisterwitz für die Gothaer Forderungen.

Am 26. Oktober fand hier die übliche, vom Ortsausschuß des ADGB. einberufene, kombinierte Gewerkschaftsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung vom dritten Quartal 1924; 2. Bekanntgabe des Bundes; 3. Wahl eines neuen Schriftführers; 4. Verschiedenes. Nach flotter Erledigung der ersten drei Punkte kam es im Punkt Verschiedenes zu lebhaften Debatten über Bildungsfragen. Es sollten Wege gesucht werden, auf denen es möglich wäre, die Bildung der Arbeiterschaft am Orte vorwärts zu bringen.

Zu diesem Punkt ergriff der Genosse E. Proske das Wort. Er führte ungefähr folgendes aus: Wenn die Arbeiterschaft sich heute mit Bildungsfragen befassen will, so ist folgendes unbedingt nötig. **Erstens: die unbedingte Zurückeroberung und strikte Durchführung des Achtstundentages. Zweitens: die Erkämpfung eines Wochenlohnes, das der Höhe des Existenzminimums entspricht und die Abwälzung der Lasten des Londoner Räubervertrages auf die besitzenden Klassen.** Zu Punkt eins führte er aus, daß dem Arbeiter infolge des Neun- und Zehnstundentages keine Zeit verbleibt, sich mit irgendeiner Sache, sei es der Besuch von Bildungsabenden oder das Lesen eines Buches, zu befassen, und zwar erstens aus Zeitmangel und zweitens wegen Nerven-Ueberanstrengung durch verlängerte Arbeitszeit. Zu Punkt zwei fehlen die Mittel, um gute Bücher zu beschaffen oder Bildungskurse zu besuchen. Bei einem Wochenlohn eines bestbezahlten Handwerkers mit 20 Mark bleibt nicht mal soviel übrig, um Schuhwerk für den Winter zu besorgen. **Darum einen Wochenlohn von mindestens 65 Mark.** Auch werden in Zukunft noch neue Lasten die Schultern der Arbeiter drücken, denn die Dollarkönige verlangen ihren Profit, und in Deutschland haben bis jetzt doch immer nur die Werktätigen geblutet und werden es auch weiter müssen, wenn sie nicht mit dem Besen der Revolution dazwischen fahren werden. Sämtliche anderweitigen Aussprachen bewegten sich in demselben Sinne. Im Anschluß an die Aussprache gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

**„Die heutige kombinierte Gewerkschaftsversammlung von Peisterwitz verlangt vom ADGB. eine andere Kampfesweise. Nicht durch Volksentscheid, sondern durch Hebung des Klassenbewußtseins in der breiten Masse und durch tatkräftige Unterstützung der brennenden Kämpfe der Arbeiterschaft um ihre Existenz wird uns den Achtstundentag bezw. ausreichende Existenz sichern."**

**Außerdem stellte sich die Versammlung geschlossen hinter die Forderungen des Ortsausschusses Gotha.**

Kämpft in allen Orten für die Revolutionierung der Gewerkschaften.

## Auch ein Proletarier.

Trotzdem das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, „Der Proletarier", fortwährend über die Kommunistische Partei Schmutzkübel über Schmutzkübel ausschüttet, ist die Kommunistische Partei doch nur die einzige Partei, welche allein die Arbeiterinteressen vertritt. Es muß doch jedem denkenden Arbeitskollegen einleuchten, daß die sozialdemokratische Partei mit ihren Gewerkschaftslakaien, mit den Industriekönigen und Unternehmern nur arbeitsgemeinschaftlich zum Nutzen der Kapitalisten und zum Schaden der Arbeiter gearbeitet hat. Hier in Ziegenhals brauchen sich die Arbeitskollegen doch nur den letzten Papierarbeiterstreik (Juni 1924) durch den Kopf gehen lassen. Da muß doch jeder vernünftige Mensch und Arbeitskollege eingesehen haben, wer für die Arbeitskollegen eingetreten ist, und wer arbeitsgemeinschaftlich hintenherum die Arbeiter verkauft und verraten hat; als Belohnung wurde dieser Arbeiterverräter sofort als Gastwirtspächter eingesetzt.

**Herr Direktor Gumpert, Mitinhaber der Papierfabrik Ziegenhals, kaufte nach dem verlorenen Streik eine Gastwirtschaft mit Saal und Garten und setzte den Gewerkschaftssekretär Georg Pollmer als Pächter hinein.** Und so haben wir jetzt in Ziegenhals zwei SPD.-Gewerkschaftssekretäre, einer, welcher die verkauften Arbeiter mit Fusel bedient, und einer, welcher sie davor „retten" will. Das Organ der Fabrikarbeiter Deutschlands hat sich wohl wissentlich oder unwissentlich eines Druckfehlers bedient: Es sollte im vierten Satz vom 25. Oktober nicht Kommunistische Partei heißen, sondern Sozialdemokratische Partei. Die Sozialdemokratische Partei entwickelt sich stark rückwärts, weil die von ihr genasführte und schwer geschädigte Arbeiterschaft ihr den Rücken kehrt. Hier in Ziegenhals hat die SPD. ihre eigenen Gewerkschaften durch ihre verfaulte Taktik bis zu 80 Prozent zerstört. So wie es in Ziegenhals ist, so ist es im ganzen Reiche. **Die SPD.-Bonzen zerstören durch ihre hinterlistige Taktik ihre Gewerkschaften selbst und dann sucht man sich jemanden, den man schuldig werden läßt, und das sind die bösen Kommunisten.** Im letzten Satz des Artikels heißt es: Kollegen und Kolleginnen! Nehmt Euch die Fraktionen aufs Korn. Laßt Euch nicht durch demagogische Schlagworte berauschen. Und zuletzt heißt es: „Vergeßt nicht, daß jene Kommunisten, die vernünftige Gewerkschaftsarbeit leisten wollen, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen werden."

Werte Redaktion des „Proletariers", das ist ja gerade das Gegenteil, es ist schon besser, daß man bei der Wahrheit bleibt. Darum, liebe Tante aus Hannover, wäre es besser, Du würdest Deine fortwährende Kommunistenhetze einstellen. Du schadest Dir nur selbst und jeder vernünftige Arbeitskollege sieht von selbst, was die SPD.-Gewerkschaftsbonzen für schmutzige Verrätereien treiben.

# Betrieb und Werkstatt

## Mitteilungen der Bezirksleitung!

**Eine ganze Reihe Ortsgruppen haben noch nicht die Genossen gemeldet, die in den Betrieben beschäftigt sind. Das muß sofort nachgeholt werden. Bis zum 20. November sind diese Genossen an die Bezirksleitung zu melden.**

**Bezirksleitung Schlesien der KPD.**
**Abt. Gewerkschaften.**

## Blaue Bohnen statt Lohn.

In den letzten Tagen brachte die gesamte bürgerliche Presse einen tendenziös aufgemachten Artikel, nach welchem auf dem Dominium Charkow ein Pferdehalter den Wirtschaftseleven und Inspektor niedergeschossen haben soll. Die Tendenz des Artikels war so gehalten, daß man die Schuld diesem Arbeiter an dem Drama, das sich dort abspielte, in die Schuhe schiebt.

Die Frau des sogenannten „Uebeltäters" als wie auch andere einwandfreie Zeugen geben aber folgendes Protokoll über die Sachlage:

Zwischen der Gutsverwaltung und dem Pferdehalter Rinke bestanden schon seit längerer Zeit Streitigkeiten. Rinke wollte schon am 1. Juni seine Stellung wechseln, um auf einem anderen Dominium im Kreise Kosel Stellung anzunehmen. Diese Stellung wurde ihm aber durch den Inspektor Schwarzer des Dominiums Charkow, wo Rinke bis dahin arbeitete, unmöglich gemacht. Rinke war also weiter stellungslos und mußte auf seiner alten Stelle verbleiben.

Zum 1. November löste Rinke erneut sein Arbeitsverhältnis auf Charkow und sollte nach Elguth bei Laband verziehen. Bei seinem Wegzuge aber wollte Rinke noch sein rückständiges Deputat und Gehalt für den Monat Oktober sich bei der Gutsverwaltung abholen. Die Gutsverwaltung hatte ihm einige Tage vorher die Herausgabe des Verdienstes auf Anstiften der Wirtschafterin, einer übel beleumdeten Person des Inspektors, vorenthalten. Rinke, welcher in einem Hause, das zum Dominium gehörte, neben dem Dominium, wohnt, war nun am fraglichen Tage des Vorfalls auf dem Wege nach der Gutsverwaltung, um seinen Lohn noch einmal zu fordern. Auf dem Wege dahin trat ihm der Wirtschaftseleve Jambor entgegen und verbot ihm den Gang nach dem Dominium. Bei diesem Vorfall kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung und zu Tätlichkeiten in deren Verlauf der Pferdehalter den Assistenten durch einen Schuß verletzte. Rinke begab sich sodann zum Wirtschaftsinspektor Schwarzer, um seinen Lohn zu fordern. Dieser soll ihm mit der Waffe in der Hand empfangen haben. Der weitere Verlauf der Unterhaltung war eine Schießerei zwischen den beiden, bei welcher der Inspektor Schwarzer einen und Rinke 2 Schüsse erhielt.

Soweit die Festlegung durch Zeugenaussagen. Der Arbeiter, der also seinen Lohn holen will, bekommt an Stelle desselben blaue Bohnen.

## „Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!"

(Paul Löbe zum Gedächtnis.)

*Anlässlich der Ruhrbesetzung hielt P. Löbe im Konzerthaus in Breslau eine patriotische Rede mit dem Schlußsatz: „Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!"*

Es war einmal ein Knirps bekannt,
Als echter Roter —
Heut schreit ein Toter:
„Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!"

O, Paul, wie hat man Dich verkannt,
Von Sozi kaa Spur.
Du kennst doch nur:
„Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!"

In Scheidemanns verdorrter Hand
Und Noskes Flosse
Brüllt er durch die Gosse:
„Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!"

Blutreaktion im ganzen Land,
Viel Jammer und Not —
Da ruft ein Idiot:
„Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!"

Proleten! Bauet nicht auf Sand
Wählt nicht den Paule!
Dem trieft vom Maule:
„Ein Gott, ein Volk, ein Vaterland!"

V. H.

## Von der Abwehrgrube.

Die schönste Anlage in Deutsch-Oberschlesien ist die Abwehrgrube, aber die Unternehmer und Proleten im Stehkragen sind die schlechtesten und am frechsten gegen die Arbeiter. Solche Beamte, die sich deutschnational und Orgesch nennen, die verstehen, die Arbeiter zu schikanieren und zum langsamen Selbstmord zu treiben. Sie erlauben sich, die Arbeiter zu schleifen. So ein Steiger erlaubt sich zu sagen: „Wir müssen Euch schleifen, daß Ihr die Seele aus dem Munde spuckt; das ist Befehl von oben!" Proleten im Stehkragen! Habt Ihr schon vergessen, wo ihr nach dem Jahre 1918 selbst mit den Arbeitern Hand in Hand arbeiten wolltet, und jetzt wollt ihr die Arbeiter unterdrücken? Arbeiter der Abwehrgrube, da sind die Knechte des Kapitalismus, darum Arbeiter der Abwehrgrube, Augen auf, und nicht schlafen, denn es wird noch die Zeit kommen, wo sie wieder sagen werden: „Wir sind auch Proleten, wir wollen Hand in Hand mit Euch zusammen arbeiten!" Arbeiter, solchen Blutsaugern müßt Ihr den Weg zeigen, ihnen und ihrer Brut den schärfsten Kampf ansagen.

Mehrere Arbeiter der Abwehrgrube.

**Schlagt den Sozialdemokraten den Hohenzollernskandal um die Ohren!**

# Aus der Provinz

Genosse! Hast Du schon das Abonnement für die 46. Woche bezahlt? Denke daran, daß wir ein Arbeiterunternehmen sind und uns selbst erhalten müssen. Deshalb zahle pünktlich. Dann kannst Du eine pünktliche Lieferung verlangen. Sorge dafür, **daß Dein Kolporteur sofort abrechnet.** Werbe neue Abonnenten!

## Nicht Verzweiflung — sondern Kampf.

Bei dem Gastwirt Dre[illegible]er in Do[illegible]erg kehrten am Montagabend zwei Gäste aus Liegnitz ein und nahmen Nachtquartier. Es waren dies ein 25jähriger Lehrer aus Liegnitz und seine Mutter. Am nächsten Morgen fand man beide an je einem Fensterkreuz erhängt. Ein hinterlassener Zettel gab Aufklärung, daß beide freiwillig in den Tod gegangen waren. Der junge Mann konnte keine Stellung finden, die Mutter hatte ihre Ersparnisse verloren, und aus bitterster Not waren beide zu dem verhängnisvollen Entschluß gelangt.

*

Dieser einzelne Fall von den Hunderttausenden namenlos versunkenen Opfern der Inflation und der „Sanierungsmaßnahmen" der Regierung erhellt blitzartig das dunkle Elend, den Jammer und die Not von Millionen Mittelständlern. Mit solchen Verzweiflungsschritten hat man wohl das eigene Leben weggeworfen, aber nichts getan, daß diese Ursachen zu solchen Verzweiflungstaten verschwinden. Millionen von Proletariern geht es noch viel schlimmer, als es dieser Mutter mit ihrem Sohn gegangen ist und doch verlieren sie den Mut nicht. Besitzlos, nur auf die Arbeitskraft der Hände angewiesen, müssen sie sich von Fabrik zum Arbeitsnachweis, von Kellerwohnung zum Dachstübchen treiben lassen. Das Leben aber werfen sie deshalb nicht weg. Sie kämpfen für eine bessere Gesellschaft, für den Kommunismus.

## Schurkereien gegen Schulz und Rotter.

Die während des Buchdruckerstreiks in allen Orten Schlesiens einsetzende Wahlbewegung bestätigt jedem einfachen Arbeiter, daß der Wahlkampf nur gegen uns Kommunisten geführt wird. Den Vogel schießen wie immer die Sozialdemokraten ab. Allen voran die „Schlesische Bergwacht".

Wohl wissend, daß sie sachlich gegen uns nicht kämpfen kann, verleumdet sie persönlich unsere Genossen Richard Schulz und Josef Rotter. Von ersterem wird behauptet, daß er noch 1919 die monarchistische Kokarde an seiner Militärmütze getragen habe. Die vom Genossen Schulz sofort verlangte Berichtigung wagten die Schurken nicht zu verheimlichen. Aber mit welchen neuen Gehässigkeiten und Lügen deckt man den Rückzug! Die Tatsache, daß unserem Genossen noch am 10. Oktober 1919 (damals bestand bekanntlich die Republik schon) von der 21. Infanteriebrigade wegen Meuterei ein Verfahren eingeleitet wurde, versucht die „wahrheitsliebende" „Bergwacht" mit der angeblichen kommunistischen Paßfälscherzentrale abzutun. Obwohl sie wissen, daß Schulz in Dittersbach wohnt, und den **Waldenburger Bergarbeitern** bekannt ist.

Warum aber die Hetze? Genosse Schulz ist **Bergarbeiter und Spitzenkandidat zum Landtag im Wahlkreise Waldenburg.** Die SPD. ist darüber besonders erbost. Sie fürchtet mit Recht, daß die Bergleute ihrem Kumpel Schulz die Stimme geben werden. Noch mehr. Der SPD. graut schon heute davor, daß Schulz im Landtag das arbeiterfeindliche Verhalten ihrer Waldenburger Landtagsabgeordneten den Bergarbeitern vor Augen führen wird.

Unser Genosse Rotter steht auf der Landtagsliste an der dritten Stelle. Da man kein Material gegen diesen Genossen hat (Verleumdung ist aber notwendig), muß eine harmlose Portion Wellfleisch herhalten. Viele sozialdemokratische Arbeiter sogar haben darüber den Kopf geschüttelt. Wir überlassen die Antwort den Arbeitern. Die „Bergwacht" will sich reinwaschen, sie fürchtet den Stimmenrückgang, denn der Waldenburger Stadtbankskandal ist den Sozialdemokraten ein großer unüberwindlicher Hemmschuh in ihrer Agitation. Die Korruptionsfäden reichen doch zu sichtbar in die Sandstraße. Wir wissen auch, daß am 7. Dezember die Kriegsbeschädigten den Sozialdemokraten danken werden, daß sie gegen den kommunistischen Antrag stimmten, der eine einmalige Beihilfe von 10 000 Mark verlangte.

Arbeiter des niederschlesischen Bergreviers! Laßt euch solche gemeine persönliche Schuftigkeiten gegen eure eigenen Arbeitsbrüder nicht gefallen. Haut sie auf ihre koddrige Schnauze.

**Gottesberg.** Der Bürgermeister resp. der Magistrat verbietet in einer seiner letzten Bekanntmachungen das Betreten der Wiesengrundstücke an der Gasanstalt. Es muß schon gesagt werden, daß leider der Bürgermeister sowie der Magistrat kein solches edles Herz für die armen Bergleute haben, die da am verlängerten Schulenstraßenweg bei ungünstiger, regnerischer Witterung die Sohlen und Absätze im Dreck hängen lassen müssen. Ja, wenn der Bürgermeister und andere Persönlichkeiten selbst diesen Weg täglich benutzen müßten, wäre schon längst für ordnungsgemäße oder standesgemäße Instandsetzung gesorgt worden. Uebrigens könnte doch erörtert werden, ob sich nicht ein Fußweg über dieses Wiesengrundstück bei der Gasanstalt vorbei, anbringen ließe. Dann könnte man ein Entgegenkommen vom löblichen Bürgermeister (SPD) den Arbeitern gegenüber erkennen, deren Interessen doch in den Vordergrund zu rücken sind. Die zwei oder drei Kappen Heu, die der Stadt bei einem anzulegenden Fußweg verloren gehen, werden die Stadt vor dem Bankrott nicht bewahren. An Geld fehlt es der Stadt doch bis jetzt gewiß nicht, zumal man sehen muß, daß dieselbe nun einen neuen 60 Ztr. schweren Geldschrank aus Messing, Stahl und Eisen sich leisten konnte. Hoffentlich braucht die Stadt Gottesberg nicht soviel Schuldscheine, wie die Stadt Waldenburg, hervorgerufen durch den bekannten Stadtbankskandal, in dem neuen Geldschrank aufbewahren. Besser wären die Gelder der Geldschrankanschaffung jedoch für Sozialrentner gewesen, die man durch Entwertung um ihr Erspartes gebracht hat, denn heute werden die kleinen Sparer sich reiflich überlegen, noch einmal ihr Geld in unsichere Kassen zu tragen. (Siehe Waldenburg, Friedland usw.)

**Seitendorf.** Treu deutsch und gut christlich. Ein „überzeugter" Anhänger der „Gemeinschaft für entschiedenes Christentum" und Mitglied des schwarz-weiß-roten Stahlhelms, der Sohn des Gutsbesitzers Goldbach, beteiligte sich am 26. Oktober in Striegau am „siegreich Frankreich schlagen". Erwähnter junger „Held" ist ganz aus dem Häuschen wegen dieser glücklich überstandenen „Feuertaufe". Er wundert sich, daß er aus dem Striegauer „Kugelregen" — mit was für Kugeln mögen bloß unbewaffnete Striegauer Arbeiter geschossen haben — unversehrt herausgekommen ist. Zur Schande der bestehenden republikanischen Staatsverfassung steht fest, daß dieses monarchistische Gelichter noch Ausbildung in der „republikanischen" Schutztruppe, der Reichswehr, erhält und daß sozialdemokratische Minister dies wissen und nicht verhindern.

Arbeiter, nehmt am 7. Dezember Revanche! K-H.

**Striegau.** Ein Hauptmann und 25 Mann. Endlich können die Striegauer Bürger ruhig schlafen. Sie haben mit Hilfe der SPD. ihren Schutz und die Arbeiter ihren Polizeibüttel in Gestalt von 25 gut dressierten Schupomannen erhalten. — Der demokratische Regierungspräsident (seine Partei ist im Reichsbanner) hat die Untersuchung der Striegauer Vorgänge selbst in die Hand genommen. Die ersten Erfolge hat er zu verzeichnen. Er ließ Reichsbannerleute verhaften. Nette Bundesbrüder.

**Freitag, den 14. November, abends 8 Uhr — Zentralballsäle, Westendstraße 50/52**
# Wiederholung der Aufführung § 218
Einlaß 7 Uhr — Anfang 8 Uhr — Eintrittspreis 45 Pfg. — Erwerbslose 25 Pfg

# Breslau

## Offener Brief eines Arbeiters.

**Herrn Humann, Strafvollzugspräsident, hier.**

Wir veröffentlichen nachstehend den Brief eines Arbeiters, der schlagend beweist, daß alle Berichtigungen des Herrn Humann auf unsere fortwährenden Anklagen nur Beschönigungen von Zuständen sind, die in einer Republik nicht existieren dürften, aber da sind, weil wir eben in einer kapitalistischen Republik leben.

Breslau, den 2. 11. 1924.

Am 1. November besuchte ich, Endesunterzeichneter, in Kleischkau meinen Schwager W. Helm und wollte ihm in der Sprechzeit etwas Obst und Kautabak geben, was der anwesende Aufseher nicht zuließ. Er brüllte mich an und wies mich kurz ab. Ich ließ mich bei dem Inspektor melden, mußte den Aufseher aber erst erinnern, daß ich nicht schwer höre. Es erscheint der Herr Inspektor, er geht zum Aufseher und fragt erst, seit wann nichts mehr angenommen werden darf und auch er weist mich kurz ab und sagt: „Es gibt eben nichts mehr, für mich ist die Sache erledigt". Ohne daß er auf meine Frage als erster Beamter Antwort gibt, läßt er mich stehen und rennt davon wie ein Mensch, der das Licht und die Wahrheit scheut und ließ sich gar nicht mehr sprechen. Sind die Beamten alle so höflich in Ihrem Betriebe? Die Gefangenen sind doch da zur Besserung, daß sie aber durch das grobe Benehmen der Beamten, ob niedrig oder hoch, nicht gebessert werden, wird wohl auch Ihnen einleuchtend sein. Ich sehe es als eine Brutalität ersten Ranges an, den Gefangenen noch derartige Genußmittel zu entziehen, die bei den Reichen doch ganz selbstverständlich zum täglichen Leben gehören. So gut ist doch das Futter bestimmt nicht, daß die Gefangenen weder Obst noch Kautabak mehr vertragen und die zwei Dreier Arbeitsbelohnung sind doch tatsächlich nicht erst wert, in Erwähnung zu bringen. (Bei mir selbst in 18 Monaten 32 Pfg. Pfui, welche Schande!) Menschen, die derartige Verfügungen erlassen, dulden und unterschreiben, sind meines Erachtens nicht würdig, Mensch zu heißen. Es ist dies doch eine Schikanierung der Gefangenen, wie sie sogar unter dem „vielgeliebten" Wilhelm nicht existiert hat. Ein Mensch, der diese Drangsalierung nicht am eigenen Leibe erfährt, kann sich auch kein Bild machen von dem Terror, dem die armen wehrlosen Gefangenen tagtäglich ausgesetzt sind. **Mit dem Hunger im Leibe und Tränen in den Augen mußte mein Schwager sehen, wie ich mit dem bißchen Obst wieder abzog.**

Darum, Herr Humann, könnte ich vor allen Dingen Ihnen mal raten, nur für kurze Zeit sich in das elende Los eines Gefangenen zu fügen und dann zu urteilen. Denn darüber ist noch kein Mensch hinweg. Auf solche Weise werden keine Patrioten erzogen, daher ist mit Freuden der Tag zu begrüßen, der diesem Jammer ein Ende machen wird. Wie lange noch soll dieses jämmerliche Verbot bestehen bleiben.

H. B.

## Heilmanns Hohenzollernversammlung.

Die gestrige Wahlversammlung der SPD. im Schießwerder war nur mäßig besucht, wie Heilmann selber zugab. Heilmann sprach zuerst über die Daweslasten, die „nicht so groß" seien. 24000 Eisenbahner, die aufs Pflaster fliegen, erschrecken diesen Sozialdemokraten nicht. Gegen die Schutzzölle hielt Heilmann eine große Kampfrede im Interesse der „notleidenden Industriellen". Die Industriezölle, denen die SPD. von jeher zustimmt, überging er fürsorglich. Die Zustimmung der SPD. zum Ermächtigungsgesetz, die erst den Abbau des Achtstundentages und der gesamten sozialen Gesetzgebung ermöglichte, billigte er ausdrücklich wegen der Markstabilisierung. Daß diese Stabilisierung auf Kosten des Arbeitervolkes geschah, störte ihn nicht. Dann erzählte er das Märchen, unser Genosse Können trete für eine „ungerechte Steuerverteilung" ein, von wegen — sozialer Revolution und ernte dafür das Lob der Deutschen Volkspartei. Nächstes Frühjahr werden „wir", damit meint er wohl die Kapitalisten, genug Geld haben. Zum Schluß geißelt er das Verhalten der Bürgerparteien, die den Hohenzollern Unsummen in den Rachen geschmissen hätten.

In der auf 15 Minuten beschränkten Diskussion zeigte Genosse Fröhlich an Hand des amtlichen Materials, daß es nur Sozialdemokraten waren, die den Hohenzollern die Milliardenwerte ausgeliefert hätten. Das Steuermärchen widerlegte er mit Paul Löbes eigenen Worten, vorigen Freitag in den Zentralballsälen, in denen Löbe erklärte:

„Die Kommunisten haben die Abschaffung der 10prozentigen Lohnsteuer, Umsatzsteuer usw. beantragt und auf der anderen Seite Gehaltserhöhung für die Beamten verlangt. Man kann aber dem Staat nicht die Mittel nehmen und gleichzeitig Gehaltserhöhungen beantragen."

Genosse Fröhlich wies auf die Hohenzollern und ihre Abfindung hin und sagte: hier allein wären genug Mittel vorhanden, um ohne Lohnsteuer und Umsatzsteuer, allein durch Konfiskation des Hohenzollernvermögens, das Beamtengehalt aufzubessern. Trotzdem noch Eckstein von der SPD. als Gegenredner auffuhr, vermochte Heilmann im Schlußwort die Anschuldigungen des Genossen Fröhlich nicht zu widerlegen.

---

**Der Zentrumskanzler Marx, ein Kleinbürger,** der den kleinen christlichen Mann im Zentrum vertritt, wird in der Wahlbewegung von den Geldmagnaten Klöckner, Thyssen in jeder größeren Stadt Deutschlands den lieben Schäfchen vorgeführt. Am Freitag kommt er nach Breslau und verlangt für das Ansehen seiner „schönen" Gestalt und das Anhören seiner Binsenweisheiten 1 Mark Eintritt. Christliche Nächstenliebe für eine Mark. Es ist wie auf dem Jahrmarkt. Immer herein, meine Herrschaften! Hier können sie vom Vertreter des Papstes die „ewige" Wahrheit hören: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!" Arbeiter! Beweist, daß Ihr eine andere Ansicht habt.

## Wettkämpfe um die Bezirksmeisterschaft 1925 im Mannschaftsringen und Gewichtsheben.

Am Sonntag, den 16. November beginnt der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes mit seiner diesjährigen Austragung der Mannschaftsmeisterschaft. Terminnothalber wird diese an zwei Sonntagen ausgetragen und hat jeder gemeldete Verein gegen die anderen anzutreten. Gerungen wird in sieben Gewichtsklassen. Gehoben ein Sechskampf, die Mannschaft sieben Mann mit beliebigem Körpergewicht. Beginn am kommenden Sonntag, 9 Uhr vormittag bis 12 Uhr Gewichtheben, ab 2 Uhr nachm. Ringen der Vorrunde. Da fast alle Bezirksvereine ihre Meldung abgegeben haben, dürften sich interessante Kämpfe entwickeln, zu denen jeder Freund des Arbeiterkraftsports eingeladen wird. Die Veranstaltung findet in der **Turnhalle der Pestalozzischule** am Waschteich statt. Straßenbahnverbindung Rund- und Gürtelbahn. Py.

## Aus der Partei

**An die kommunistischen Eisenbahner Schlesiens.**

**Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, Liegnitz, Wintergarten (nicht Gesellschaftshaus, wie gestern irrtümlich berichtet wurde)**

**Bezirkskonferenz.**

**Es ist Pflicht aller Orte, Delegierte zu entsenden. Die Kosten tragen die Gruppen selbst.**

**Bezirksleitung Schlesien der KPD., Abt. Gew.**

**Für die Ortsgruppenvorsitzenden.** Die meisten Ortsgruppen haben noch nicht die Fragebogen von der Kampagne vom 21. September bis 26. Oktober eingesandt. Bis zum 15. November müssen die Fragebogen an den Bezirk eingesandt sein.

Die Ortsgruppenvorsitzenden machen wir darauf aufmerksam, sofort zu veranlassen, daß die Kassierer die Abrechnungen, die Gelder für die kassierten Beiträge und die Orts-Fragebogen für Monat Oktober eingesandt werden. Die herausgegebenen Sammellisten müssen bis zum 22. d. Mts. abgerechnet werden.

**Für die Referenten.** Alle Referenten müssen vor jeder Versammlung, welche sie abhalten, einen Referenten-Fragebogen ausfüllen. Sie erhalten diese durch die Ortsgruppe, in der sie sprechen. Die Fragebogen sind alle acht Tage an die Bezirksleitung einzusenden mit einem ergänzenden, schriftlichen Bericht. Dieses gilt auch für die auswärtigen Referenten, welche während des Wahlkampfes im Bezirk tätig sind.

**Für die Arbeitsgebiete.** Diese müssen alle acht Tage einen Bericht über alle im Arbeitsgebiet stattgefundenen Versammlungen von uns und denen der gegnerischen Parteien einsenden. Auch müssen sämtliche Flugblätter und sonstiges Wahlmaterial, welches von unseren Gegnern herausgegeben wird, sofort an die Bezirksleitung geschickt werden.

Die Bezirksleitung.

## Vom Tage.

**Giftmischer und Kommunistenfresser.** Vor einigen Wochen berichtete die bürgerliche Skandalpresse von einer Frau, die ihre Verwandte, eine Gutsbesitzerin, mit Strychnin zu vergiften versuchte. Jetzt meldet unsere „Sächsische Arbeiterzeitung", daß es eine Frau Landgerichtsdirektor Fritsche (Altenburg) ist. Sie wurde an demselben Tage verhaftet, an dem ihr Gatte einen großen Prozeß gegen Kommunisten führte, in dem er u. a. sagte: „Euch Kommunisten ist alles zuzutrauen." Bourgeoispack. Die Frau Erbschleicherin, der Mann Gehilfe (?) und Kommunistenfresser.

**Schweißtriefend** schob und drückte in Oberhermsdorf vor einigen Tagen ein Polizist an einem defekten Auto. Der fette Autobesitzer half ein wenig und freute sich ungemein über die Kraftentfaltung seines freiwilligen Helfers. Ist die Frage etwa unbescheiden: Hätte der Polizist einem alten Mütterchen, welches auf der Haide Kohlen lesen war, auch geholfen, den Wagen über den Berg zu schieben?

**Der heutigen Ausgabe ist die Beilage „Der Rote Stern" Nr. 11 beigegeben.**

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belke, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau.
Druck: Peuvag-Berlin, Filiale Breslau.

**Schauspielhaus**
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 8 Uhr:
**Der große Lacherfolg**
**„Der Hampelmann"**
Sonntag, 3½ Uhr:
**„Die Fledermaus."**

**Bettbezüge**
**Betten, Strickjacken**
stets gut und billig.
**Leihhaus**
Trebnitzer Straße 21

**Arbeitsstiefel**
**Arbeitsschuhe**
eigene Fabrikation zu Fabrikpreisen bei
**Ucko**
Taschenstraße 9.
Vorzeiger dieses 5% Rabatt.

## Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Hermsdorf.

Die nächste Gemeindevertretersitzung findet Donnerstag, den 20. November d. Js. nachm. 6 Uhr im Gemeindeverordneten-Sitzungssaale — Waisenhausschule — statt.

Die 7 Punkte umfassende Tagesordnung hängt im Amtshause und im Aushangkasten Fellhammer Grenze aus.

Nieder-Hermsdorf, 11. Novbr. 1924.
bei Waldenburg i. Schl. 1

Der Gemeindevorsteher.

## Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Hermsdorf.

Auf Grund der bestehenden Polizeiverordnung vom 1. 11. 1922 über das Meldewesen ist jede in der hiesigen Gemeinde zu-, ab- und umziehende Person verpflichtet, sich innerhalb 6 Tagen an-, ab- oder umzumelden. Diese Meldepflicht ist jedoch in letzter Zeit vielfach versäumt worden.

Zur Vermeidung von Bestrafung liegt es im Interesse jedes einzelnen, die unterlassenen Meldungen sofort nachzuholen. Dies ist schon deshalb dringend erforderlich, um bei der Aufstellung der Wahlkartei für die bevorstehenden Wahlen Unregelmäßigkeiten zu vermeiden.

Nieder-Hermsdorf, 22. Oktb. 1924.

Der Amtsvorsteher. 182

## Amtl. Bekanntmachungen von Gottesberg.

Die von dem Herrn Regierungspräsidenten unterm 2. 11. 1924 — I. 10. V. Nr. 6218 — genehmigte Lustbarkeitssteuer-Ordnung der Stadt Gottesberg liegt in der Zeit vom 17. 11. bis 1. 12. 1924 im Steuerbüro — Zimmer 16 — zur Einsicht aus.

Gottesberg, den 7. November 1924.

Der Magistrat.
Dr. Gleitsmann.

Durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 3. 11. 1924 — I. 10. V. 6257 — ist die Gültigkeit der Getränkesteuer-Ordnung der Stadt Gottesberg vom 13. 8. 1923 bis zum 30. 11. 1925 verlängert worden.

Gottesberg, den 7. November 1924.

Der Magistrat.
Dr. Gleitsmann.

Auf alle **Ulster**
gewähre ich vom 15.-25. Nov. **10% Bar-Rabatt**
**Tuch-Lager Carl Korte**
Herrenstr. 7, Tauentzienstr. 2
Vorwerkstr. 43, Poststr. 3
Matthiasstr. 62
Sonderrabatte behalt. Geltung
Sichern Sie sich den günstigen Preis durch Anzahlung!

Leihweise elegante
**Frack- und Rock-Anzüge**
**H. Mohaupt**
Karlstr. 1, I. Tel. R. 1301, frh. Albrechtstr.

**Achtung!**
**Billige Fahrräder**
von 78.— Mk. an.
Reparaturen sauber und billigst.
**Reparatur-Werkstatt**
Gellhornstraße 28.

## Amtl. Bekanntmachung von Weißstein.

6

Die Wählerliste (Wahlkartei) für die Reichstags- und Landtagswahl liegt in der Zeit vom

**15. November bis einschließlich 22. November d. Js.**

im Einwohner-Meldeamt — Zimmer 5 — des Amtsgebäudes, wochentags während der Dienststunden und an dem Sonntage von 10½ Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Außerdem erhält jede wahlberechtigte Person eine Wahlausweiskarte ausgehändigt aus der ersichtlich ist, unter welcher Nummer der Wahlkartei des in Frage kommenden Wahlbezirks seine Eintragung erfolgt ist. Die Wahlausweiskarten sind bis spätestens 20. November d. Js. bei dem Hauswirt bezw. Obmann abzuholen.

Unstimmigkeiten in der Wahlausweiskarte sowie das Fehlen derselben ist in der Zeit vom 20. bis 22. 11. d. Js. von jeder in Frage kommenden Person im Einwohner-Meldeamt, Zimmer Nr. 5 des Amtsgebäudes bestimmt zu melden und Einspruch zu erheben.

Wahlberechtigt ist jede Person beiderlei Geschlechts, die am 7. 12. 1924 das 20. Lebensjahr erreicht hat.

Weißstein, den 11. November 1924.

Der Gemeindevorsteher.
M. Hertwig.

**PEUVAG**
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
**Filiale Breslau**
Trebnitzer Str. 50
Abteilung:
**Buchdruckerei**
Wir stellen her bei billigster Berechnung:
**Programme**
**Eintrittskarten**
**Briefbogen**
**Plakate**
**Rechnungen**
**Flugblätter**
kurz alle Drucksachen für
**Private, Vereine und Behörden**

# LANGENBIELAU

**Fahrradhaus**
Reparaturwerkstätte
**HERMANN GOLZ**
Ober-Langenbielau

**Wo?**
inseriert man am vorteilhaftesten?
**Nur!**
in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung"!

**A. & S. Schmieder**
Langenbielau, Reichenbacher Straße 75
Fernsprecher: Amt Reichenbach Nr. 106

**Die vorteilhafte Bezugsquelle der werktätigen Bevölkerung**

Reserviert

**Drogerie Gold-Becher**
**Filiale Eulen-Drogerie**
Ober-Langenbielau

**Herren- und Damen-Garderobe, sämtliche Arbeitskleidung, Trikotagen, Gummimäntel**
für Herren und Damen zu billigsten Preisen
**Heinrich Lux**
Ober-Langenbielau